



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 14.

Berlin, den 1. Juli 1917.

12. Jahrgang.

Büro des Verbandes sowie Redaktion des Mitteilungsblattes befinden sich vom 1. Juli ab

Schicklerstraße 5, Hof 2 Treppen, Eingang neben dem Tierchutzverein.

Alle Briefe und Geldsendungen werden von diesem Zeitpunkt ab nach obengenannter Adresse erbeten.

## Als Minister empfehlen sich . . .

Berlin, den 25. Juni 1917.

Das österreichische Ministerium Clam-Martinich ist endgültig gescheitert. Der Widerstand der Polen und anderen Slaven im Reichsrat war so stark, daß alle Versuche des Ministerpräsidenten, ein allen nationalen Parteien genehmes Ministerium zu bilden, vergeblich waren. Auf seiner Suche nach neuen Männern für das Kabinett hat Graf Clam-Martinich auch bei der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie angeklopft und dem Genossen Dr. Kenner einen Ministerstuhl angeboten. Der Herr Graf hat aber eine Absage erhalten. Nach dem Bericht des „Berliner Tageblattes“ hat das Präsidium der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie die Ablehnung folgendermaßen begründet: Die Partei lehne grundsätzlich die Teilnahme an der Regierung eines kriegsführenden Staates ab. Denn die erste Aufgabe der Sozialdemokratie sei die internationale Arbeit für den Frieden.

Das reichsdeutsche regierungssozialistische Zentralorgan, der „Vorwärts“, verschweigt seinen Arbeiterlesern diese Begründung. Er macht einige allgemeine Redensarten: Die Arbeitskraft Kenners sei zu wertvoll, um als Paradestück eines Ministeriums ohne klaren Willen und feste Energie abgenutzt zu werden. Dann aber schreibt das „einzige Arbeiterblatt Berlins“ wörtlich:

„In politisch weiter vorgeschrittenen Ländern anerkennen auch die Sozialisten aus langer Erfahrung den hohen Wert der tätigen, wirkenden, verantwortlichen Arbeit durch ihren Eintritt in die Regierung, ohne sich deshalb zu schnödem Opportunismus zu bekennen. Man kann auch nicht sagen, daß der Eintritt in die Regierung eines kriegsführenden Staates unzulässig sei. Es wird vielmehr immer darauf ankommen, in welcher Stellung das einzelne Parteimitglied besser für den Frieden wirken kann. . . .“

Und weiter meint der „Vorwärts“, die feindliche Legende müsse zerstört werden, als ob Deutschlands und Oesterreichs Völker einer Befreiung von außen bedürften. Die Advokaten der „Machtpolitik“ seien die gefährlichsten Berater der Staaten, die Vorkämpfer der Demokratie führten im Rahmen des Staates die moralische Landesverteidigung, die nicht weniger notwendig sei als die physische.

Neben dem vor einiger Zeit im „Vorwärts“ abgelegten Bekenntnis zur Monarchie gewährt diese Empfehlung des Ministerialismus einen klaren Ausblick auf den Kurs, den der Regierungssozialismus einschlagen möchte. Sein leidenschaftliches Sehnen läßt darauf hinaus, ein paar oder auch nur einen seiner Staatsmänner in die bürgerliche Regierung hineinzusenden. Er glaubt und sucht den Arbeitern einzureden, daß ein sozialdemokratischer Staatssekretär oder Minister an der Seite der Herrn v. Bethmann-Hollweg, v. Stein, Helfferich usw., oder auch der eventuell mit der Ministerwürde zu beglückenden Herrn Stresemann,

Erzberger usw. „verantwortliche Arbeit“ leisten könne.

Denselben Faden hat dann Herr Scheidemann im „Vorwärts“ weitergesponnen. Die Erfahrungen, die er und seine Freunde in Stockholm sammeln konnten, scheinen nicht gerade erfreulich gewesen zu sein. Sein Selbstbewußtsein scheint doch manch harten Stoß erlitten zu haben. Die sozialpatriotischen Verteidigungspolitiker, die offenbar gemeint haben, daß ihr lautes Friedensgeschrei die Menge ihrer Kriegssünden vergessen machen könne, haben erkennen müssen, daß zur Anbahnung eines baldigen und dauernden Weltfriedens doch etwas mehr nötig ist, als eine dreijährige burgfriedliche Zahmheit und platonische Friedensdeklamationen. Es wird ihnen allmählich klar, daß Lebensfragen der inneren Politik in enger Wechselbeziehung stehen zu den Problemen der äußeren Politik, vor allem aber zu dem Abschluß eines Verständigungsfriedens. Darum versteigt sich sogar Herr Scheidemann zu dem Satz: „Es (d. h. die Anbahnung des Friedens) geht nicht ohne eine durchgreifende Demokratisierung Deutschlands.“ Und weiter sagt er: „... Tiefgreifende, weithin sichtbare Reformen unseres Staatslebens sind jetzt nötig, und es ist keine weitere Verschiebung des Termins statthaft, wenn unser Volk nicht den schwersten Schaden leiden will.“

Der „Sozialdemokrat“ Scheidemann denkt aber gar nicht daran, diese seine Erkenntnis mit den Mitteln des proletarischen Befreiungskampfes zu verwirklichen. Er wendet sich an „alle politischen weitblickenden Männer und Frauen Deutschlands, gleichviel, wie sie sonst in einzelnen Fragen zu denken gewohnt sind“. „In diesem Punkte muß es heißen: Es gibt keine Parteien mehr, es gibt nur ein Volk“, meint Herr Scheidemann.

Was hier in allgemeinen und diplomatischen Redewendungen empfohlen wird, findet seine Erläuterung in Auslassungen anderer regierungssozialistischer Staatsmänner. Da erfährt man, was diese Vorkämpfer der „wahren, alten Sozialdemokratie“ unter „weithin sichtbaren Reformen“ verstehen. Schon der frühere Staatssekretär Dernburg hätte vor einiger Zeit angeregt, an Stelle der Neuordnung der deutschen Verfassung wenigstens einen Personenwechsel vorzunehmen, weil das Ausland zu den jetzigen deutschen Regierungsmännern kein Vertrauen habe. Von denselben Gedankengängen ausgehend wie Scheidemann und Dernburg schlägt die „Breslauer Volkswacht“ vor, an Stelle Bethmann-Hollwegs müsse Graf Bernstorff Reichskanzler und Herr Dernburg Staatssekretär des Innern werden. Zu Staatssekretären sollten aber Männer aus dem Parlament wie der Zentrumsmann Erzberger, der Wortführer der nationalliberalen Schwerindustrie Stresemann, der „Sozialdemokrat“ David und — der Unabhängige Sozialdemokrat Wurm ernannt werden. Das schönste aber kommt noch. Die „Breslauer Volkswacht“ schreibt:

„Wer rüstet eine Delegation zu Kaiser Wilhelm aus, die ihm die Sachlage vorstellt und ihm nahelegt, in den Kreisen seiner Berater die Veränderungen vorzunehmen, die uns das Vertrauen des Auslandes wiedergeben und die Änderungen des Systems vorzunehmen, die allein „eine Sicherheit für die Zukunft“ geben.“

Darnach liese die ganze Politik der Partei, die in hartem Kampfe mit den herrschenden Gewalten groß geworden ist, und deren Lebens- und Stolzskraft in der engsten Fühlungnahme mit den werktätigen Massen und deren tätiger Mitwirkung an den politischen Kämpfen bestand, darauf hinaus, durch eine alleruntertänigste Petition beim Kaiser und durch die Verleihung des goldgestickten Ministerfrades an einzelne Parlamentarier jene „weithin sichtbaren Reformen“ zu erreichen, von denen

Scheidemann schreibt. Daß die „Breslauer Volkswacht“ in ihrem genialen Vorschlage auch den Genossen Wurm erwähnt, muß wohl auf die tropische Junihitze zurückgeführt werden, in der jener bewußte Artikel geschrieben wurde. Denn daß ein Genosse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in dem Augenblicke aufhören würde, Mitglied der Partei zu sein, in dem er ernsthaft für einen Posten in der Regierung des kapitalistischen Gegenwartsstaates in Frage käme, bedarf gar keiner Frage.

Zu wundern braucht man sich über diese neueste Weisheit unserer Regierungssozialisten weiter nicht. All diese Neuerungen neunmalweiser Staatsmannskunst, all diese Anbiederungsversuche und Selbstempfehlungen sind die natürliche Folgeerscheinung der vielgerühmten Politik des 4. August. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Verwirklichung sozialistischer Ziele, kurz all das, was bisher der Grundgedanke der sozialdemokratischen Bewegung war, wird jetzt preisgegeben, um den trügerischen Schimmer einer Scheinmacht nachzujagen. Haben nicht unsere Regierungssozialisten ihren französischen und englischen Gefinnungsgenossen zum Vorwurf gemacht, daß sie in ein kriegerisches und imperialistisches Ministerium eingetreten sind? Jetzt brennen sie darauf, das gleiche Experiment zu machen. Aber wie bei den Franzosen die Guesde, Thomas usw. als Minister ihre sozialistische Ueberzeugung in die Tasche stecken mußten, so wird wohl erst recht in Deutschland ein sozialdemokratischer Minister darauf verzichten müssen, wirklich sozialdemokratische Forderungen zu vertreten. Schwer wird einem Regierungssozialisten freilich dieser Verzicht nicht werden. Die dreijährige Unterwerfung unter den Burgfrieden war eine gute Borschule dafür. Die Herren haben in dieser Zeit jeden Blick für die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse verloren, alle historische Erfahrung ist bei ihnen in die Brüche gegangen. Sie müßten sonst wissen, daß alle solche ministeriellen Experimente kläglich gescheitert sind. Die Entwicklungsgeschichte eines Millerand sollte ihnen doch ein lehrreiches Beispiel sein. Aber selbst wenn ein sozialdemokratischer Minister kein ehrgeiziger Streber ist wie Millerand, so würde ihn die Macht der monarchischen, militärischen, agrarischen, großindustriellen und klerikalen Gewalten so die Hände binden, daß aus seiner Ministertätigkeit so gut wie nichts für den Sozialismus und die Demokratie herauskäme.

Das ganze Streben nach „weithin sichtbaren Reformen“ läuft also tatsächlich auf ödesten Opportunismus hinaus. Es soll den Arbeitermassen den Schein eines politischen Einflusses vortäuschen, es soll sie veranlassen, ihr Heil vertrauensvoll in die Hände einiger erleuchteter Parteiführer und Parteidiplomaten zu legen, denen sie durch ihren Stimmzettel in den Sattel verholzen haben. Sie meinen, daß Ausland und Inland an eine Demokratisierung Deutschlands glauben werden, wenn ein Scheidemann, ein David oder sonst eine „sozialdemokratische“ Leuchte mit dem Titel Excellenz beehrt wird. Aber mit solchen phantastischen, unehrlichen und unfruchtbaren Gedanken wird der Sache des Friedens nicht gedient. Wollen die Regierungssozialisten aller Länder zu einer Beendigung des Völkerringens beitragen, müssen sie schon zu anderen weithin sichtbaren Mitteln greifen, um ihren Friedenswillen durch die Tat zu beweisen. Die Julitagung des Reichstages bietet den deutschen Regierungssozialisten Gelegenheit dazu.

## Bebel über den Ministerialismus.

Die Frage, ob Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium eintreten können, hat schon öfter in der Partei zu Erörterungen geführt. So auch 1903 auf dem Dresdener Parteitag. Damals stand in Frankreich der „Millerandismus“ in schönster Blüte. Auch eine ganze Anzahl deutscher Revisionisten sang damals dem Streber Millerand Loblieder. Das waren meist dieselben Leute, die bei Ausbruch des Weltkrieges, als Millerand französischer Kriegsminister war, wütend über ihren einstigen Liebling herfielen. Genosse Bebel wandte sich damals gegen die Lobredner eines sozialdemokratischen Ministerialismus. Was er damals gegen Bollmar ins Feld führte, trifft heute noch auf die Scheidemann, Stampfer usw. zu. Bebel führte damals u. a. aus:

„Es soll sich um Machtzuwachs handeln. Das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus (lies heute: Regierungssozialismus. Die Red. d. M.), man will schließlich in der Regierung Macht erwerben, so denkt man haben wie jenseits der Vogesen; wenn wir mal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär oder gar einen Staatssekretär! Was wäre denn dann? Nehmen wir einmal an, man nehme den Tüchtigsten aus Ihren Reihen und mache (ihn) zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gelegenheiten machen könnte, wie er wollte? Da steht die ganze Bourgeoisie, die heute kaum ihre eigenen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinlassen; das wäre doch nur dann denkbar, wenn sie ganz genau wüßte, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmern und zu etwas anderem machen könnte, als sie jetzt ist. Der Kaiser hat ja jene Randbemerkung gemacht: „Ja, wenn wir einen Millerand hätten!“ Ich würde, wenn er mich fragte, sagen: wir haben Bollmar (heute müssen wir natürlich sagen: Scheidemann oder David. Die Red. d. M.), der ist Millerand mindestens ebenbürtig. Die Dinge gehen bei uns freilich anders als anderwärts. Bei uns heißt es in letzter Stunde stets: biegen oder brechen. Und da es nicht biegt, so bricht es. Sehen wir einmal den Fall, man versprache sich in den maßgebenden Kreisen Vorteil davon, man würde glauben, damit Eindrud auf die Arbeiter zu machen, wenn man einen aus unseren Reihen in die Regierung aufnähme. Glauben Sie, daß das ohne Konzessionen abginge? Do ut des! (Ich gebe, damit du mir gibst.) . . . Dafür würden wir ein Stück Macht eingeräumt erhalten, das viel unbedeutender ist, als Sie glauben. Die Nationalliberalen haben seit Jahr und Tag den langen Müller in der Regierung. Vor vierzehn Tagen las ich in dem nationalliberalen „Hanoverschen Kurier“ einen Artikel, der darauf hinauslief: „Berehrter Genosse, machen Sie, daß Sie so schnell wie möglich aus dem Ministerium herauskommen. Sie können uns dort nichts nützen, Sie kompromittieren uns nur.“ So geht es schon der nationalliberalen Partei — also nehmen wir den Fall, daß für unsere Partei etwas Ähnliches möglich wäre, dann würde man uns sagen: Wurst wider Wurst; wir machen euch Konzessionen, aber nun seid so gut und stimmt auch für den Reichstag! Ihr müßt jetzt das Militär-, das Marinebudget, das Kolonial-Budget, die auswärtige Politik, die indirekten Steuern, die Lebenszölle, die Liebesgaben akzeptieren, den ganzen Etat mit Haar und Haut verschlingen, dann machen wir euch Konzessionen . . . Je stärker Ihr die Regierung macht, um so mehr festigt Ihr die Regierung und setzt sie in den Stand, uns zu zwiebeln und alles zu verweigern . . .“

„ . . . Natürlich ist alles staatsmännische Genie auf Seite unserer Revisionisten (lies heute: Regierungssozialisten. Die Red. d. M.), alles diplomatische Geschick auf ihrer Seite. Ihr staatsmännisches Genie sieht man schon aus tausend Meter Entfernung und ihr staatsmännisches Geschick riecht man schon auf hundert Meter. Darauf sage ich Euch: diese Prinzipienreiter, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das sind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine sein — aber ich sage: merkt man einem an, daß er ein „Staatsmann“ ist, dann ist er schon keiner mehr. Läßt sich jemand den Diplomaten anmerken und spricht er es womöglich auch noch aus, dann hört er auf, es zu sein. Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. Die Verwischung, die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft.“

## Unter dem Schutze des Unternehmertums.

Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtete am 21. Juni:

Die Leipziger Handelskammer versendet an ihre Mitglieder das nachstehende Schreiben: Handelskammer Leipzig.

Leipzig, am 13. Juni 1917.

Bekanntlich haben sich die Gegensätze in der Sozialdemokratie infolge der Bewilligung der Kriegskredite wesentlich verschärft und zu einer Spaltung in der Organisation der sozialdemokratischen Partei geführt. Die große Mehrheit der Sozialdemokratie anerkennt die Pflicht der Vaterlandsverteidigung, während die Minderheit die Kriegskredite verweigert wissen will. Die alten Leipziger sozialdemokratischen Kreisvereine vertreten den Standpunkt der Minderheit, deren Tendenzen in der Leipziger Volkszeitung zum Ausdruck kommen.

Als Glied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich kürzlich in Leipzig ein neuer Parteiverein gebildet, der nunmehr auch an die Herausgabe einer neuen Zeitung gehen will, die von Ende Juni an täglich unter dem Titel „Freie Presse“ erscheinen wird.

Die Herausgeber dieser neuen Zeitung haben sich nun an die Handelskammer mit der Bitte gewendet, bei ihren Bezirksangehörigen zu befragen:

1. daß die Verteilung der vom 26. Juni an erscheinenden Probenummern in oder wenigstens vor den Betriebsstätten beim Arbeitsluß gestattet werde;

2. daß kurz vor dem 1. Juli Abonnementslisten für die „Freie Presse“ in den Betrieben zirkulieren können, soweit sich Leute bereit finden lassen, diese Listen in Zirkulation zu setzen;

3. daß sie sich der neuen „Freien Presse“ und namentlich ihrer Probenummern, die in hoher Auflage in Leipzig-Stadt und Land unentgeltlich zur Verteilung kommen, als gütiger Inserationsgelegenheit bedienen.

Wenn sich die Handelskammer auch bisher grundsätzlich jeder Stellungnahme in parteipolitischen Fragen enthalten hat und an diesem Standpunkte auch in Zukunft festzuhalten gedenkt, so glaubt sie im vorliegenden Falle nach Lage der Verhältnisse doch so weit gehen zu sollen, daß sie die Wünsche der Herausgeber der neuen Zeitung ihren Bezirksangehörigen, wie hiermit geschehen sein soll, mitteilt und ihnen ihre Erfüllung anheim stellt.

Die Handelskammer.

Schmidt, Vorsitzender.

Dr. jur. Wendland, Syndikus.

Dazu bemerkt die „Leipziger Volkszeitung“:

Dieses Schriftstück ist in mehrfacher Hinsicht außerordentlich bemerkenswert: Es ist ein Zeichen unserer Zeit, es ist ein weiterer Beweis dafür, aus welchen Quellen den Sozialimperialisten moralische Unterstützung und moralische Hilfe fließen.

Als Grundsatz der Arbeiterbewegung gilt, daß die Befreiung der Arbeiter aus den gegenwärtigen Verhältnissen nur das Werk der Arbeiter selbst sein könne. Das große Vertrauen, das die sozialdemokratische Partei bis zum Kriegsausbruch bei den Arbeitern fand, beruhte ausschließlich darauf, daß die Arbeiter die Wahrung ihrer Interessen bei der Sozialdemokratie in sicherer Hut wußten. Auf die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung wurde der entscheidende Wert gelegt; unabhängig von allen kapitalistischen Einflüssen, frei von allen Interessen des Kapitals sollte die Bewegung sein: das war der Wille, das war der Stolz der deutschen Arbeiter.

Und darum regte sich bei den Arbeitern soviel Born und Erbitterung gegen die gelbe, gegen die wirtschaftsfriedliche und die anderen Richtungen dieser Art, die nur durch die weitgehende Unterstützung der Unternehmer auskommen konnten. Die Arbeiter wissen: der Unternehmer folgt nur den Gesetzen seiner Klasse, wenn er für jede Leistung eine Gegenleistung verlangt. Der Unternehmer unterstützt die gelben Vereine nicht deshalb, weil deren Mitglieder schönere Menschen sind als die Mitglieder der freien Gewerkschaften, sondern seine Unterstützung hat den Zweck, diese Vereine den kapitalistischen Interessen dienstbar zu machen, sie in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen gegen ihre Arbeitsgenossen auftreten zu lassen.

So ist das auch in diesem Falle. Die Unternehmer, die die Handelskammer bilden, leihen ihre freundliche Hilfe den Herausgebern des Konkurrenzorgans der Leipziger Volkszeitung nur, weil sie annehmen können, daß das Blatt kapitalistische Interessen wahrnehmen wird. Die Handelskammer bildet die offizielle Vertretung des Handels- und Industriekapitals, sie muß deshalb zu dieser Auffassung kommen.

Die neue Zeitung der Leipziger Sozialimperialisten tritt also als ausgesprochen gelbes Blatt auf den Plan. Nachdem sich ergeben hat, daß die Masse der Leipziger Arbeiter diesen Herren keine Gefolgschaft leisten, wenden sie sich vertrauensvoll an die offizielle Vertretung des Unternehmertums, und wie man aus diesem Dokument ersieht, sind sie nicht auf taube Ohren gestoßen.

Die weitere Erörterung dieses Vorgangs, seine deutlichere Charakterisierung überlassen wir unseren Lesern!

Der Fall hat aber nicht nur ein besonderes Arbeiterinteresse, sondern er gibt auch zu allgemeinen politischen Bemerkungen Anlaß.

Die Handelskammern sind, wie wir schon bemerkt haben, Interessenvertretungen des Handels- und Industriekapitals. Sie beeinflussen selbstverständlich das politische Leben, sie nehmen auch aktiv zu politischen Fragen Stellung, soweit diese ihre Interessentreise betreffen. Neu jedoch ist, daß sie offiziell für eine Partei

gegen die andere Stellung nehmen. Wir verstehen ja, daß sich die Sympathien der Leipziger Handelskammern dem neuen Blatte zuwenden; aber gehört es noch zu den Aufgaben einer Handelskammer, sich in den Propagandadienst einer neugebildeten politischen Partei zu stellen?

Wir machen weiter darauf aufmerksam, daß die Leipziger Handelskammer offiziell eine Handlung unterstützt, die bestehende Gesetzesbestimmungen verletzt. Die Bekanntmachung über Druckpapier vom 20. Juni 1916, unterschrieben von Herrn Dr. Helfferich als Stellvertreter des Reichskanzlers, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Seite 534, enthält folgenden

§ 8.

Die Lieferung von Frei- und Belegexemplaren von solchen Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften, die ganz oder teilweise auf maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier hergestellt sind, ist verboten, gleichgültig, ob die Lieferung auf längere oder kürzere Zeit, ob sie durch Verleger oder durch Mittelspersonen erfolgt. Die Lieferung von Pflichtexemplaren an Behörden wird von dieser Bestimmung nicht berührt, ebenso ist die Abgabe von Freixemplaren an Mitarbeiter, Lazarette und Soldatenheime, jedoch nicht mehr als ein Exemplar, und die Abgabe von Belegexemplaren an Interessenten gestattet.

In der Verordnung wird Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 10000 Mark gegen den angedroht, der, ihren Bestimmungen zuwiderhandelt. Und in der „Sammlung der Vorschriften über den Verkehr mit Druckpapier und Druckfarbe“, herausgegeben von der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe, wird in einer Anmerkung zu § 8 ausdrücklich gesagt: „Verstöße gegen das Verbot müssen unnachsichtlich bestraft werden.“

Wenn man sich daran erinnert, welche großen und kleinen Schwierigkeiten der Tagespresse und nicht zuletzt der sozialdemokratischen Presse gegenwärtig bereitet werden, wie sie unter den gesetzlichen Bestimmungen, die der Kriegszustand mit sich gebracht hat, zu leiden hat, wie sie alle die Einschränkungen an Materialverbrauch über sich ergehen lassen muß, dann muß man sich allerdings darüber wundern, mit welcher Leichtigkeit die Herausgeber des neuen Blattes über diese Schwierigkeiten hinwegkommen!

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, wie notwendig es ist, daß die wirklich freie Presse, die von allen kapitalistischen Interessen unabhängige Leipziger Volkszeitung, von den Arbeitern unterstützt wird, so ist er durch die Bettelaktion der Leipziger Sozialimperialisten für ihr gelbes Blatt erbracht worden. Wir werden auch in Zukunft nicht um das Wohlwollen der Unternehmer buhlen. Wir versprechen auch diesmal, daß wir nur diesem einen Leifas wie bisher folgen werden: Unermüdet für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung tätig zu sein. Das hat uns bisher das Vertrauen der Arbeiter und aller derer erworben, die auch in der Politik auf Sauberkeit halten, und darauf stützen wir unsere Arbeit.“

Die politisch geschulten Arbeiter werden von selbst die Mitteilungen der „Leipziger Volkszeitung“ von der Flucht sogenannter Sozialdemokraten unter die schützenden Fittiche des Kapitalismus nicht als eine Einzelercheinung auffassen, sondern darin nach all den Erfahrungen der Kriegsjahre ein ganz bestimmtes System sehen. Es handelt sich bei diesen Dingen nur um die natürliche Fortentwicklung dessen, was man gemeinhin die Politik des 4. August nennt, um eine praktische Anwendung des Programms des Regierungssozialismus. Das, was in Leipzig geschah, steht im engsten Zusammenhang mit anderen Lebensäußerungen jener Partei, die den Arbeitern vorlägen möchten, sie sei die „alte, wahre Sozialdemokratie“ geblieben. In dieses Kapitel gehören die Gewaltstreiche des Parteivorstandes, der den Belagerungszustand heuchlerisch mit Worten bekämpft, in der Praxis aber sich denselben zu Nutze macht, um oppositionelle Zeitungen unter seine Fuchtel zu bringen. Die Arbeiter, die die Vorträge des Berliner Opens und Nordens benützen, sehen täglich den Beweis für die Umwandlung der Sozialdemokratie zur regierungsozialistischen Reformpartei an den Werbeplakaten für den Vorstandes-„Vorwärts“ vor ihren Augen. Das Königlich Preussische Eisenbahnministerium, das noch während des Krieges keinen Zweifel daran gelassen hat, daß es wichtigen Grundforderungen der Arbeiterbewegung feindlich gegenübersteht, würde seine Zustimmung zur Anbringung der Werbeplakate nicht gegeben haben, wenn es nicht genau gewußt hätte, daß diese Partei und diese Zeitung einen Sozialismus vertreten, der der Regierung nicht mehr gefährlich wird, der hier und da vielleicht einmal bellt, aber nicht mehr beißen kann.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Dingen steht die regierungsozialistische Methode, den Arbeitern weiß zu machen, ihre Partei sei zu großem Einfluß gelangt, weil sie irgendeinen sozialdemokratischen Konzessionshöfen in das Ernährungsamt, in das Kriegsamts für den „vaterländischen Hilfsdienst“ oder einige andere Kriegsausschüsse gesandt hat, wo sie in der Praxis nicht viel mehr als Dekorationsstücke bedeuten. Und wenn sie dort vielleicht auch einmal die eine oder die andere Einzelbeschwerde vortragen, und belanglose Nebensächlichkeiten durchsehen können, so kommen in den erwähnten Körperschaften doch ganz

andere Kräfte und Interessen zur Geltung als der angeblühte Einfluß der zahmen Regierungssozialisten. Jeder Arbeiter kann sie täglich an seinem Magen, in seiner Lebenshaltung, an der Unfreiheit seines Arbeitsverhältnisses, an dem ganzen Druck und Zwang seines heutigen Daseins spüren, wie es um diesen Einfluß in Wirklichkeit bestellt ist.

Ebenso muß die Leipziger Entlarvung des Regierungssozialismus betrachtet werden im Zusammenhange mit dessen bisherigen politischen Lebensäußerungen. Im Leitartikel dieser Nummer ist schon auf die Sehnsucht der Regierungssozialisten nach einem Ministerjessell hingewiesen worden. Aber auch die Wahlen, die bisher stattgefunden haben, zeigten das regierungssozialistische System in seiner ganzen Schönheit. Bei der Reichstagswahl in Spandau-Dönhavelland flogen dem braven regierungssozialistischen Kandidaten nicht nur die konservativen und liberalen, ja sogar gelben Stimmen zu, er erzielte sogar noch höheren Ortes für so absolut regierungsförmig, daß die Kammerherren und Hofkammer der Schlösser von Potsdam und Sanssouci geschlossen für ihn stimmen durften. Und ebenso ist das klägliche Wuchergeschäft der Regierungssozialisten im 11. Berliner Landtagswahlkreis noch in aller Erinnerung, wobei letzten Endes die Fortschrittler noch mehr Rückgrat zeigten als die Patilöcher.

Und weiter ist es nur die praktische Anwendung des regierungssozialistischen Programms, wenn die Juristen der „alten, wahren Sozialdemokratie“ in ihren Schriftsätzen die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie als „Anarchisten“ und „Landesverräter“ der Polizei und der Justiz denunzieren, und die regierungssozialistischen Musterknaben in um so strahlenderem Lichte erscheinen zu lassen.

Das sind nur einige Tatsachen aus der regierungssozialistischen Praxis. Alle anzuführen ist aus den bekannten Gründen zurzeit nicht angängig. Vor allem können wir nicht darlegen, wie schwer, ja unmöglich uns Unabhängigen die Herausgabe von neuen Zeitungen und die Erhaltung bestehender Blätter gemacht wird, während die Regierungssozialisten, das Leipziger Beispiel zeigt es erneut und mit handgreiflicher Deutlichkeit, sich der wohlwollenden Förderung behördlicher und kapitalistischer Kreise erfreuen können.

Den politisch geschulten Arbeitern sagen wir mit allen diesen Dingen nichts Neues. Aber sie dürfen die angeführten Tatsachen nicht als Einzelercheinungen auffassen, sondern müssen sie in ihrem Zusammenhange als die praktische Durchführung des Programms ansehen, das sich der Regierungssozialismus gegeben hat. Und dann müssen sie in ihrem Wirkungskreise dafür sorgen, daß den weniger geschulten Arbeitern die Augen geöffnet werden über die wahre Natur jener Partei, die, wie Ebert in der letzten Sitzung des Parteiausschusses behauptete, eine Klassenkampfpartei sein will, in Wirklichkeit aber sich hilflos an die Rückschläge der Regierung und des Unternehmertums anklammert.

## Wochenschan.

Vom 19. bis 26. Juni 1917.

Die Kriegsergebnisse haben in der hinter uns liegenden Woche nichts gebracht, was die militärisch-politische Gesamtlage des Weltkrieges hätte ändern können. An der Westfront bringt jeder Tag neue Schlachten und Gefechte und fordert neue Opfer, ohne das Kräfteverhältnis auf beiden Seiten zu erschüttern. Aus allerlei Andeutungen der englischen Presse geht hervor, daß man noch eine starke Sommeroffensive der Engländer und Franzosen zu erwarten hat. Vor allem aber sehen die Kriegstreiber im Entenlager ihre Hoffnungen auf die amerikanische Hilfe, die aber erst im Jahre 1918 militärisch wirksam sein könnte. Von diesem, dem, wie man es nennt, „amerikanischen Jahr“, erwarten die Ententekreise, denen es mit drei Jahren Völkergemeinlichkeit noch nicht genug ist, das Heil. Damit würde die geplagte Menschheit ein viertes Kriegsjahr über sich ergehen lassen müssen, ein vierter Kriegswinter würde der ausgebluteten und ausgehungerten Kulturwelt noch bevorstehen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Anregungen, die in Stockholm gegeben werden, bei allen Völkern ein Echo auslösen und die mörderischen Pläne der Kriegsheher haben wie drüben zunichte machen. — An der italienischen Front ist es bis auf einige größere Kampfhandlungen in Südtirol im Gebiet der sieben Gemeinden verhältnismäßig ruhig gewesen. — Auf dem Balkan ist neben der politischen Vergewaltigung Griechenlands durch die Entente die militärische Besetzung des schwergeprüften Landes durch italienische und französische Truppen fortgesetzt worden.

Der deutsche Admiralstab hat in den letzten Tagen bedeutsame Zahlen über die Ergebnisse des U-Boot-

Krieges bekannt gegeben. Darnach sind im Monat Mai 869 000 Tonnen Schiffsraum versenkt worden. In den ersten drei Monaten des verschärften U-Boot-Krieges, vom Februar bis April, wurden versenkt 2 786 000 To. Im ganzen Kriegsverlauf sind von deutschen U-Booten bis jetzt versenkt worden 8 638 500 To. Das bedeutet, daß die Ladung von vielen tausend langen Güterzügen mit Waren, Rohstoffen, Lebensmitteln usw. auf den Meeresgrund befördert worden sind. Ueber diese Zahlen ließe sich von rein militärischem und kriegerischem Standpunkte aus manches Nüchtlische, von politischem Standpunkte aus viel Bedenkliches, von wirtschaftlichem und sozialem sehr viel Kritisches sagen, wir müssen es aber unseren Lesern überlassen, sich ihr eigenes Urteil darüber zu bilden.

\* \* \*

Im Auslande hat Oesterreich eine Ministerkrisis über sich ergehen lassen müssen, weil die selbständigen Regungen der slavischen Nationalitäten dem Ministerium Clam-Martini die Arbeit unmöglich machten. Graf Clam-Martini ist jetzt endgültig in Gnaden entlassen und darf als Oberst und österreichischer Gouverneur nun das unterworfenen Montenegro beherrschen. Als Nachfolger des Grafen Clam-Martini ist der bürgerliche Ackerbauminister v. Seidler berufen worden, der ein Beamtenministerium gebildet hat, das aber nur provisorischen Charakter haben soll.

In Ungarn hat der neue Ministerpräsident Graf Esterhazy sein Regierungsprogramm entwickelt, das eine gründliche Wahlreform enthält, wenn damit auch nicht alle Forderungen, die man an eine freies Wahlrecht stellen muß, erfüllt sind. In bezug auf den Frieden sagte Graf Esterhazy, daß die ungarische Regierung für einen „für uns und unsere Gegner annehmbaren Frieden“ eintrete.

In Dänemark wollten die Konservativen den sozialdemokratischen Minister Stauning dadurch zu Fall bringen, daß sie ihren Parteiminister Rottböll aus der Regierung herausnehmen wollten. Die Liberalen wollten mit der gleichen Maßnahme auf die konservative Attade antworten; damit wäre die vor Jahresfrist abgeschlossene Verständigung der dänischen Parteien in die Brüche gegangen. Der Konflikt ist aber schließlich dennoch beigelegt worden; Stauning braucht also auf seine Ministerwürde nicht zu verzichten.

In Griechenland, wo zurzeit der politische Kommissar der Entente, der Franzose Jonnart, der tatsächliche Herrscher ist, übernimmt Venizelos die Regierung und besetzt das bisherige Ministerium mit seinen Anhängern. Dand in Hand damit gehen Verfolgungen von Anhängern der bisherigen Regierung und von mißliebigen Beamten und Offizieren. Auf diese Weise wird Griechenland „unter Wahrung seiner Selbständigkeit“ an die Seite der Entente gezwungen. Ein neuer Beweis dafür, daß die kleinen Nationen nur ein Spielball in der Hand der großen Mächtekoalitionen sind und wie notwendig eine Neuregelung des Völkerlebens auf der Grundlage nationaler Gleichberechtigung ist.

In Italien hat in der vergangenen Woche die Regierung Gelegenheit gehabt, die üblichen Kriegstiraden vor der Kammer zu halten, deren Weise und Text in den verschiedenen Variationen man nachgerade von allen kriegsführenden Regierungen gehört hat. Der Ministerpräsident Vosselli hielt es aber für notwendig, in seiner Rede gewaltig gegen die Friedensströmungen zu donnern, ein Beweis dafür, daß auch in den breiten Schichten des italienischen Volkes diese Friedensströmungen sehr lebendig und durch die gewaltigen Abertausende der letzten Offensiven noch sehr gestiegen sind. Der Minister des Aeußern Sonnino machte die auch anderwärts zu hörenden Redensarten wie: Italien erstrebe keine Eroberungen, es wolle nur Sicherheiten an seinen nationalen Grenzen. Besonders schön machte sich in Sonninos Munde der Satz, daß Italien keinen Imperialismus kenne. Das wichtigste aber, was die Regierung der Kammer zu sagen hatte, wurde trotz des Protestes der Sozialisten unter Ausschluß der Öffentlichkeit in einer Geheim Sitzung gesagt. — Von der großen Friedenssehnsucht des italienischen Volkes zeugt übrigens die Tatsache, daß das tapfere Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie, der in Mailand erscheinende „Avanti“, kürzlich auch eine römische Ausgabe eingeführt hat, die in allen Bevölkerungskreisen Zuspruch findet. Dieser Vorgang zeigt auch noch, daß trotz aller Tücken der italienischen Zensur, die in zahllosen weißen Stellen des „Avanti“ zum Ausdruck kommen, die Bewegungsfreiheit der oppositionellen Presse nicht so eingeschränkt ist, wie anderswo.

Aus Rußland kommen in der abgelaufenen Woche wieder allerlei Meldungen über konterrevolutionäre Machenschaften, deren Richtigkeit sich von hier aus nicht nachprüfen läßt. Zurzeit tagt der allrussische Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte, der sich in

seiner überwältigenden Mehrheit gegen einen Sonderfrieden mit Deutschland ausgesprochen, dafür aber erneut ein entschiedenes Bekenntnis für einen allgemeinen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kriegssensschädigungen ablegte. Außerdem billigte der Kongreß die Tätigkeit des Kriegsministers Kerenski an der Front, vor allem dessen Vorgehen gegen die Verbrüderungen an der Front. Die Vertreter der extrem-radikalen Richtung, deren Wortführer Lenin ist und die einen Frieden um jeden Preis wollen, um die Errungenschaften der Revolution im Lande ausbauen zu können, blieben in der Minderheit.

Des weiteren hat der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte mit 843 gegen 126 Stimmen die Schaffung der Koalitionsregierung gebilligt und deren allgemeine Politik anerkannt. Ferner verlangt der Kongreß die Auflösung der Duma und des Reichsrates, dafür aber die schnelle Einberufung der gesetzgebenden Versammlung.

Von wenig zuverlässiger Seite ist auch die Meldung verbreitet worden, der Kongreß habe sich für die Wiederaufnahme der Offensive ausgesprochen. Eine unzweideutige Bestätigung dieser Meldung liegt bis zur Stunde nicht vor. Es ist auch kaum glaublich, daß die Arbeiter- und Soldatenräte für die Wiederaufnahme einer Offensive im Sinne und nach den Wünschen der Entente-Kriegsheher zu haben sind. Wie wir auch die Tätigkeit Kerenski, solange wir nicht eines anderen belehrt werden, so aufpassen, daß er bestrebt ist, die Devisenkraft des russischen Heeres gegen etwaige Angriffe der Armeen der Mittelmächte wieder herzustellen. Die Meldungen über den angeblichen Offensivbeschuß, von dem der Vorstands-„Vorwärts“ sogar behauptete, er sei nach einer Begründung durch Zeretelli mit überwältigender Mehrheit angenommen worden, sind bisher nicht bestätigt worden. Das hindert die bürgerliche Presse nicht, schon tüchtig darauf loszuschlagen. Den Vogel schießt dabei der militärische Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“, ein Herr Generalleutnant z. D. Baron v. Ardenne, ab. Der Herr, der die Dinge in Rußland nur aus der Perspektive des preussischen Kasernenhofes betrachten kann, leistet sich u. a. folgende Beschimpfungen des Kongresses des russischen Arbeiter- und Soldatenrates: „Zunächst ist zu bemerken, daß selbst in dieser aufgehetzten, durch Gold und Alkohol beeinflussten Versammlung etwa ein Drittel der Abstimmenden unter Führung des Arbeiterapostels Lenin sich gegen diesen Beschuß aussprach.“ Und: „Der oben erwähnte Arbeiter- und Soldatenkongreß hat nur die Bedeutung einer willkürlich zusammengelaufenen Volksversammlung.“ Man muß überhaupt, wenn man den Artikel des Herrn Generalleutnants z. D., dem ähnliche im „B. L.“ schon vorausgegangen sind, liest, unwillkürlich an das Gepolter jener all-preussischen Gamaschenknöpfe denken, die sich vor 120 Jahren über die Armeen des revolutionären Frankreich lustig machten. Ob solche Artikel von rein bürgerlichem Standpunkte klug und nützlich sind, mag dahingestellt bleiben, soll auch nicht unsere Sorge sein. Der Fall zeigt aber sehr deutlich die ganze Haltlosigkeit und Zwiespältigkeit der bürgerlichen Presse in allen Kriegs- und Friedensfragen, auch in Zeitungen, die sich noch ein gewisses Maß von Ruhe und Vernunft bewahrt haben. Was nützt es der Anbahnung eines baldigen Friedens, wenn heute Herr Theodor Wolff oder Herr Hans Vorst einen leidlich vernünftigen, ruhig und nüchtern urteilenden Artikel bringen, wenn morgen ein draufgängerischer General (früher war es ein zur „Deutschen Tageszeitung“ abgeschwenkter Major) die gute Fernwirkung solcher Artikel in Trümmer schießt. Die Arbeiter sollte aber ein solches Beispiel, denen sich tausend andere aus dieser Kriegszeit zugesellen ließen, kritisch machen gegen die so haltlos hin und her schwankende bürgerliche Presse einschließlich des regierungssozialistischen Zentralorgans.

\* \* \*

In Stockholm sind jetzt die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingetroffen. Zur Zeit, in der diese Zeilen geschrieben werden müssen, verlautete noch nichts über ihre Vorbesprechungen mit dem skandinavisch-holländischen Komitee und ihre Stellungnahme zur Konferenz der Zimmerwalder usw. Diese Konferenz soll am 28. Juli in Stockholm zusammentreten. Der eigentliche und ausschlaggebende Kongreß, der wahrscheinlich der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrate einberufene sein wird, ist wiederum verschoben worden, um den französischen Sozialisten Zeit zu gewähren, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Die Vorbesprechungen der deutschen Regierungssozialisten in Stockholm, ihr berühmtes Memorandum, verschiedene Interviews der Herren Scheidemann, David usw., sowie manche andere Begleiterscheinungen

Dieser ersten Reise unserer Regierungssozialisten nach Stockholm hat im In- und Auslande viel Stoff zu Erörterungen gegeben, deren Bewertung wir uns für die nächste Nummer vorbehalten müssen.

Die innere Politik Deutschlands wird dem deutschen Regierungssozialismus in den nächsten Tagen eine schwere Aufgabe zu lösen geben. Donnerstag, den 5. Juli, wird die erste Plenarsitzung des Reichstages stattfinden. Die Regierung wird eine neue Kriegskreditvorlage von 15 Milliarden vorlegen.

Vom Bundesrat ist eine neue „Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917“ beschlossen worden, nach der Getreide aller Art beschlagnahmt werden kann; dem freien Handel sollen größere Betätigungsmöglichkeiten eingeräumt, den Kommunalbehörden erweiterte Machtbefugnisse eingeräumt werden. Ob die Konsumenten mehr Brot und Mehl erhalten werden, wird in der Verordnung nicht gesagt; das hängt vom Ausfall der Ernte ab. Zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion wird eine „Reichswirtschaftskarte“ eingeführt.

#### Der Fall Grimm.

Die Ausweisung des Schweizer Nationalrates Grimm aus Russland, die vom Arbeiter- und Soldatenrat mit 640 gegen 121 Stimmen der Lenin-Gruppe gebilligt wurde, hat das politische Leben der Schweiz in große Erregung versetzt. Der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz, Bundesrat Hoffmann, hat sofort nach Bekanntwerden seines Briefes an den Schweizer Gesandten in Petersburg sein Amt niedergelegt. Auf die politischen Kämpfe, die dieser Vorfall in der Schweiz verursacht hat und der auch eine törichte Demonstration halbwüchsiger Burken gegen das deutsche Konsulat in Genf zur Folge hatte, kann hier nicht näher eingegangen werden. Grimm hat von Stockholm aus eine längere Erklärung veröffentlicht, in der er die Vorgänge bei seiner Ausweisung schildert und sich mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf, er sei ein deutscher Agent, verwahrt. Er hat gleichzeitig seinen Vorstandsposten in der Leitung der Zimmerwalder Internationalen Kommission niedergelegt. Eine aus Vertretern der Zimmerwalder Gruppen zusammengesetzte Kommission soll die Angelegenheit Grimms untersuchen. Von Interesse ist, was das Blatt Grimms, die „Berliner Tagwacht“, über den Fall zu sagen hat. Wir geben die Ausführungen des Blattes nach einem Bericht der „Münchener Post“ hier wieder:

Die „Berliner Tagwacht“ erklärt, wenn Nationalrat Grimm sich zu dem auf den ersten Augenblick überraschenden und vielleicht sogar befremdenden Schritt entschlossen habe, so sei er dazu zweifellos und einzig durch die Sorge um das Schicksal und die Errungenschaften der russischen Revolution getrieben worden.

Diese großartigen revolutionären Errungenschaften im ehemaligen Zarenreiche sind, wie er sich selbst an Ort und Stelle überzeugen musste, bei einer weiteren Fortdauer des Krieges in schwerster Gefahr, was übrigens aus allen Berichten hervorgeht, die seit Wochen aus Russland eintreffen. Es hat sich im neuen Russland gezeigt, daß durchgreifende, dem Proletariat und den Bauernmassen wirklich nützende Reformen im Innern nicht möglich sind, solange der Krieg nach außen andauert, solange Millionen russischer Arbeiter und Bauern im Schlächtergraben liegen, anstatt sich zu Hause für den demokratischen Aufbau und die ökonomische Sanierung des riesigen Reiches einzusetzen, den breiten Volksmassen nicht nur formale politische Freiheiten, sondern auch die Befreiung aus wirtschaftlichem Elend und niederdrückender sozialer Knechtschaft zu erstreiten. In dieser tragischen Situation gab es für den Genossen Grimm kein launiges Besinnen. Höher als alle anderen Erwägungen mußten ihm die Sorgen um die Erhaltung und den Ausbau dessen stehen, was die russische Revolution in den letzten Monaten erobert hat. Dies läßt sich aber nach der Ueberzeugung vieler russischer Genossen nur durch die schnelle Beendigung und Liquidierung des Krieges ermöglichen. Und darum unternahm Genosse Grimm den Schritt, der durch den Diebstahl der diffizilen Depesche und die schadenfrohe Indiskretion des schwedischen Sozialpatrioten Branting vorzeitig bekannt geworden ist.

Es ist natürlich vollständig ausgeschlossen, daß Genosse Grimm hier auf eigene Faust gehandelt hat. Er stand dabei vielmehr im Einvernehmen mit hervorragenden russischen Genossen und Vorführern der Revolution, die wie er der Meinung sind, daß der beschleunigte Friedensschluß die einzige sichere Gewähr für den dauernden Sieg der revolutionären russischen Demokratie darstellt.

Wenn die Entente so tut, als ob es sich bei den Bemühungen des Genossen Grimm, die von Bundesrat Hoffmann unterstützt wurden, um die Herbeiführung eines deutsch-russischen Separatfriedens handle, so lügt und entstellt sie wesentlich. In dem Telegramm von Bundesrat Hoffmann heißt es ausdrücklich: „Bin überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten auf den Wunsch von Russlands Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten würden.“

Das steht wahrlich nicht nach Bestrebungen für Separatfrieden aus. Und darum ist es auch ganz unberechtigt, Herrn Bundesrat Hoffmann eine neutralitätswidrige Haltung vorzuwerfen, wie es etwa „Der Bund“ (eine deutsch-schweizerische Zeitung. Die Red. d. M.) tut. Dieses Kaltenblatt legt seinen traurigen Mut auch diesmal wieder an den Tag. Solange ein Bundesrat seit im Sattel sitzt, wagt es „Der Bund“ nie, auch nur ein Wort der Kritik gegen ihn zu schreiben. Einem eidgenössischen Magistraten dagegen, der in ehrlicher, mutiger Weise für den Frieden, für das Interesse der ganzen Menschheit gewirkt hat und dabei das Opfer der Kriegshetze in den Ententestaaten geworden ist, darf auch der getreueste Hoflakai ungestraft einen Geselbtskritik verlesen.

Wenn vorläufig auch das Unternehmen des Genossen Grimm als gescheitert zu betrachten ist, so steht doch außer Zweifel, daß die weiteren Ereignisse seiner Stellungnahme recht geben werden. Was von ihm begonnen und wieder aufgegeben werden mußte, dürfen wahrscheinlich andere in Bälde neuerdings versuchen.“

#### Die Brotzuzufahrt.

Der Schöneberger Magistrat gibt bekannt: „Nachdem die zur Neuordnung der Verteilung von Brotzuzufahrt den Berlin-Schöneberger Betrieben gegebene Frist zur Angabe der Krankenversicherungspflichtigen, gewerblich beschäftigten Personen verstrichen ist, werden die Vorarbeiten in der Schwerkraft-Brotzuzufahrtstelle aufs emsigste gefördert. Da in Zukunft die Brotzuzufahrt nicht mehr durch die Brotkommissionen, sondern unmittelbar durch die Betriebe an die beteiligte Arbeiterschaft verteilt werden sollen, lag es im eigenen Interesse jedes Betriebes, die Zahl der Krankenversicherungspflichtigen Personen, mit Ausschluß des Büropersonals und der kaufmännischen Angestellten (Schwer- und Schwerkraftarbeiter) entsprechend der Aufforderung des Magistrats rechtzeitig anzugeben.“

Betriebe, die dieser Aufforderung dennoch bisher nicht nachgekommen sind, werden es schleunigst nachzuholen haben, denn sie laufen sonst Gefahr, daß ihre Arbeiterschaft, sobald die beabsichtigte Neuordnung in Kraft tritt, keine Brotzuzufahrt erhält.

Für die nicht im Gemeindebezirk Berlin-Schöneberg gelegenen Betriebe sind die gleichen Aufforderungen, die die zuständigen Gemeinden erlassen haben, maßgebend.

Was hier für Schöneberg gilt, gilt auch für die übrigen Gemeinden in Groß-Berlin. Für den Berliner Magistrat erläßt die Berliner Gewerkschaftskommission durch Inerat im „Vorwärts“ die gleiche Bekanntmachung. Warum die Gewerkschaftskommission diese Aufgabe nicht dem Magistrat überläßt, ist nicht klar.

#### Wohlfeile Wihden.

Die technischen Unzulänglichkeiten, mit denen wir zurzeit bei Herstellung unseres „Mitteilungsblattes“ zu rechnen haben, bringen es mit sich, daß sich in jeder Nummer einige Druckfehler einschleichen können. Es verbietet sich, sie einzeln zu berichtigen, der verständige Leser wird, wenn es sich nicht um ganz sinnentstellende Satzfehler handelt, ohnehin die richtige Lösung finden. Ein Druckfehler in unserer Nr. 12 hat aber der J. K. Gelegenheit zu einigen geistreichen Bemerkungen gegeben. Er fand sich in der Wochenschau dieser Nummer in dem Absatz, in dem von dem englischen Genossen Mac Donald die Rede war. Wir hatten geschrieben: „Wie bei uns die Opposition von den Legien, Braun usw. werden in England Mac Donald und die Seinen von den kriegspatriotischen Arbeiterführern als „Anarchisten“ und „im deutschen Solde stehend“ denunziert.“ Daraus hatte der Druckfehlerteufel gemacht: „Wie bei uns die Legien, Braun usw.“

Die J. K. leidet sich dazu einige geistreiche Bemerkungen. Wir wollen ihr gern zugeben, daß es keinen Menschen einfallen wird, diese braven regierungssozialistischen Staatsbürger und Instanzenchefs als Anarchisten zu bezeichnen. Dafür sind sie aber desto eifriger gewesen, Andersdenkende als „Anarchisten“ zu denunzieren. In das Gebiet unfreiwilliger Komik gehört aber die Behauptung der J. K., diese beiden Männer überträfen Mac Donald „an Arbeit und Folgerichtigkeit des Friedensstrebens.“

#### Vereins-Veranstaltungen.

**Jugendsektion Berlin VI.** Sonntag, den 1. Juli, Bade-Wanderung. Fahrt bis Ecker, an der Lößnitz entlang zum Weid-See und Mölln-See. (Waderast.) Ueber Alt-Buchhorst, Kl. Wall an der Lößnitz zurück nach Bahnhof Fangschleufe. Abfahrt: Bahnhof Gesundbrunnen 6.27, Stralau-Kummelsburg Bahnsteig E 7.09. Fahrgehalt 1,35 Mk. Weglänge 20 Kilometer.

**Pankow-Niederschöndahausen.** Sonntag, den 8. Juli: Gemeinsamer Familien-Ausflug nach Hermsdorf. Treffpunkt mittags 1 Uhr, Bahnhof Schönholz.

**Schöneberg.** Sonntag, den 1. Juli, Ausflug nach Grünau. Treffpunkt 1.50 Uhr Bahnhof Schöneberg. Um rege Beteiligung erlucht **Der Vorstand.**

#### Quittung.

Für den Pressfonds: 20 Mk. von Buchdruckern der Firma Ashelm. Durch Kaiser, Neukölln, Bezirk 8a, 3 Mk. Ueberschuß vom Mitteilungsblatt, 5 Mk. von einem Feldgrauen durch B. Kemitz. Bez. 120, 2. Kreis, von einem Feldgrauen 1 Mk.

Der **U. S. W. Neukölln** sucht zum baldigen Eintritt für das **Büro** eine **weibliche Hilfskraft.** Mitgliedschaft Bedingung. Bewerbungen erbeten **Neckarstraße 3.**

**Achtung! Mitglieder der U. S. W. Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**

Zahlt Eure Beiträge nur an die Kassierer und Zahlstellen der Opposition. Achtet auf Legitimationskarten und Bezirkslokal-Plakate. **Verhindert durch Eure Wachsamkeit, daß die Durchhalter Eure Groschen erschleichen.**

Besonders die **Neuköllner Genossen** und Genossinnen seien aufmerksam gemacht.

**Genossen, die aus dem Felde zurückgekehrt, versäumen nicht sich umgehend bei ihrem Wahlverein wieder anzumelden.**

**Der Kreisvorstand.**

Unserem langjährigen Bezirks- und Parteigenossen **Paul Fügner** zu seinem am Sonntag, den 1. Juli, stattfindenden **60. Geburtstag** die besten Glückwünsche und Gratulationen. Die Bezirksführer der 8. Abteilung des 3. Wahlkreises.

#### Charlottenburg.

Am **Donnerstag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr,** findet im **Volkshaus, Rosinenstr.,** eine

#### Mitglieder-Versammlung

statt. — **Tagesordnung:** 1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. Berichterstatter Genosse **Däumig.** 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist ein pünktliches und vollzähliges Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig. **Der Vorstand.**

#### Todesanzeige.

Am 18. Juni starb im Lazarett unser lieber guter Sohn und Bruder, der treusorgende Gatte und Vater seines Söhnchens, im 32. Lebensjahre, der Kanonier

#### Arthur Zytzkowski.

In tiefem Schmerz

**Auguste Zytzkowski** geb. Knobel als Frau und Söhnchen Werner.

**Julius Zytzkowski** und Frau, als Eltern.

**Bruno Zytzkowski** z. B. im Felde.

**Margarete Wernicke** geb. Zytzkowski.

**Wilhelm Knobel** und Frau, als Schwiegereltern.

**Willi Knobel** und Frau.

#### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

#### 3. Wahlkreis.

Genosse

#### Arthur Zytzkowski

141. Bezirk

ist am 7. Juni verwundet und am 18. Juni an seinen Verwundungen verstorben.

#### Wahlverein Adlershof.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser treues Mitglied, der Litograph

#### Paul Schrodt.

#### Wahlverein Britz.

Als Opfer des Weltkrieges starb an im Felde zugezogener Krankheit am 18. Juni 1917 in der Charité unser Genosse

#### Willi Wildbrett

Friedrichsbrunnerstr. 1, 8. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

#### Nachruf.

#### Wahlverein Neukölln.

Am 10. Juni verstarb unsere Genossin

#### Frau Marta Wedkmann

Fuldastr. 14/15, 6. Bezirk.

#### Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Reinickendorf-Ost.

Am 21. Juni verstarb nach längerem Leiden im blühenden Alter von 30 Jahren unser treuer Genosse, der Maschinenarbeiter

#### Reinhold Birke

Raschdorffstr. 66.

Ehre ihrem Andenken!

## Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 24. Juni hielt der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend seine ordentliche Generalversammlung in der Germania, in der Chausseestraße, ab. Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende, Genosse Adolf Hoffmann, mündlich ergänzte, ist zu entnehmen:

Das abgelaufene Geschäftsjahr des Verbandes ist für die Parteigeschichte von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die von Groß-Berlin, sondern weit darüber hinaus. Die Bedeutung der Parteivorgänge im verflochtenen Jahre liegt weniger darin, daß die Genossen Groß-Berlins sich von einer Verbandsleitung befreiten, die jeder Demokratie Hohn sprach und Schindluder mit ihr spielte, sondern vielmehr darin, daß von diesem Zeitpunkt ab immer klarer und entschiedener der Kampf gegen eine Politik geführt wurde, welche die alten sozialdemokratischen Grundsätze einer nationalitätlichen und imperialistischen Politik opferte und der Regierung die Steigbügel hielt. Die Kämpfe, die sich in den verschiedenen Phasen vor allem in Berlin mit dem Parteivorstand und seinen Schildknappen abspielten, sind für unsere Bewegung jetzt und in Zukunft von so hohem Interesse, daß sie es verdienen, urkundlich in allen ihren Teilen festgehalten zu werden.

Das Geschäftsjahr begann noch unter der alten Leitung. Mit Händen und Füßen wehrte sie sich, den Genossen Rechenschaft in einer Generalversammlung zu geben. Allerlei Ausflüchte brauchte sie. Und als sie nicht mehr anders konnte, und eine Generalversammlung einberufen mußte, unterbreitete sie den Genossen einen Geschäftsbericht, der kein Vorstandsbericht war, sondern nur ein mit Verbandsgehalt gedruckter Bericht des Vorsitzenden, aus dem auf jeder Seite die Tendenz zu ersehen war, sich ins hellste Licht zu setzen. Die Abrechnung der Genossen mit der alten Verbandsleitung erfolgte am 23. Juni und endete ohne viel Aufhebens mit der Nichtwiederwahl der Parteidespoten, welche die Demokratie mit Füßen getreten. Mit Dornen hatte der alte geschäftsführende Ausschuss den Weg gepflastert, den die neue Verbandsleitung beschreiten mußte.

Die Klassenverhältnisse waren die denkbar ungünstigsten. Die Schulden waren größer als der vorhandene Klassenbestand. Die Bankrotteure hatten die Herrschaften gewirtschaftet. Dem Parteivorstand waren in den Jahren 1914—16 45 000 Mk. mehr zugeflossen als er zu bekommen hatte. Der Kassierer sparte sich jedes Kopferbrechen, er gab „Panikolen“. Und das, obwohl der Klassenbestand in dieser Zeit von 125 000 auf 10 000 Mark sank. Und dann stellten sich immer neue Rechnungen ein, vor allem die der Jugend, die mehr als 4000 Mk. für Druckerei und Buchhandlung zu zahlen hatte. Für die Druckerei hatte die frühere Verwaltung so gefordert, daß heute noch Aufnahmescheine und Einladungszeitel vorhanden sind, mit denen man die gesamte Partei Deutschlands auf 20 Jahre verlorgen kann. Auch der Jugendsekretär hatte es verstanden, aus dem vollen zu schöpfen. Es würde zu weit führen, dieses Kapitel im einzelnen aufzuführen.

Im abgelaufenen Jahre nahmen tiefgehende innere Kämpfe unsere Kräfte ausschließlich in Anspruch.

Obenan stand der Kampf um den „Vorwärts“, der ein Kapitel für sich darstellt. Der Vorwärtsraub wurde perfekt, die Berliner Genossen ihres Blattes beraubt. Dazu noch die Druckerei unter Bruch des Treuhänderverhältnisses. Der Parteivorstand konnte auf dem Wege der Gewaltpolitik kein Halten mehr, er ging konsequent weiter, Gewaltstreich häufte sich auf Gewaltstreich. Im September suchte der Parteivorstand einen Ueberblick zu gewinnen über die Situation, indem er eine Konferenz einberief. Die Sache ging nicht ganz nach Wunsch. Der Parteivorstand hielt sich jetzt nur noch an getreue Schildknappen, die er zunächst im Parteiaussschuß hatte und in Berlin besonders in dem Thurov-Groger-Pagels-Trio fand, zu dem sich erst insgeheim, dann offen, die Grün-Garde gesellte. Immer schärfer wurde der innere Kampf. Sonderorganisationen entstanden, zuerst in Zeltow-Beesdow, dann in Klein-Berlin mit dem berüchtigten Disfutierteub „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ wurde nach Hinauswurf der Redakteure Regierungsblick, daß der Monarchie keine Referenz bewies. In dieser Zeit galt es, den Kampf nicht nur gegen die Politik des 4. August zu führen, sondern vor allem gegen die Versuche, unsere Organisationen der Parteivorstandspolitik dienstbar zu machen. Wir wurden schließlich „außerhalb der Partei“ gestellt, so dekretierte der Parteivorstand, und so dekte das Feigenblatt des Parteiaussschusses die Parteivorstandsmahnmahnen.

Es kam, was kommen mußte: Die Hinausgedrängten schlossen sich organisatorisch zusammen zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Agitation war vollkommen unterbunden. Öffentliche Versammlungen in Groß-Berlin grundsätzlich nicht erlaubt, und alle Versuche, nach dieser Richtung hin etwas zu unternehmen, scheiterten. Der Presse beraubt, suchten wir uns damit zu helfen, daß wir nach dem Vorwärtsraub das „Mittelungsblatt“ wöchentlich erscheinen ließen. Es wurde das Band, das die Organisationen trotz Fehlen der Tagespresse zusammenhielt. Aber ein tägliches Blatt kann es natürlich nicht ersetzen. Dazu kamen andere Schwierigkeiten, auf die wir hier nicht näher eingehen können, die uns eine öffentliche Betätigung unmöglich machten. Auch die Vereinstätigkeit war stark eingengt. Aber trotz aller dieser Widerwärtigkeiten, trotz der großen Treuer und der Ernährungschwierigkeiten, ist es doch gelungen, die übergroße Mehrheit der Parteigenossen Groß-Berlins von der Notwendigkeit einer entscheidenden sozialistischen Politik zu überzeugen. Einen klaren Beweis für diese Behauptung lieferten unsere Genossen anlässlich der Landtagswahl am 11. Berliner Landtagswahlbezirk. Eine schmächtige Niederlage holten sich die Regierungssozialisten, die sich eingebildet hatten, mit dem Kampf für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands! besondere Geschäfte machen zu können.

In Gotha hat sich die Opposition zusammengeslossen. Eine selbständige Politik zu betreiben, ist das Ziel. Sorgen wir auch in Groß-Berlin dafür, daß nunmehr auch gearbeitet wird im Sinne eines unverfälschten Sozialismus und der wahren Demokratie.

Den Klassenbericht erstattete Genosse Herbst. Bei Uebernahme der Kasse befanden sich die Finanzen in trostlosem Zustande. Schulden über Schulden hatten unsere Vorgänger hinterlassen. Mit Hilfe unserer Genossen haben wir die Ausgaben erheblich vermindert. Alle gemachten Ausgaben wurden sofort beglichen und die Schulden stetig abgetragen. Der Verband erholt sich zusehends, trotz großer Einziehungen und Verminderung des Markenumsatzes. Unerbört ist die Tatsache, daß unsere Vorgänger alle Belege von vor dem 31. März 1916, die doch Eigentum des Verbandes sind, beiseite geschafft hatten. Das kennzeichnet die Leute zur Genüge.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatte die Verbandskasse eine Gesamteinnahme von 66 411,74, der eine Ausgabe von 61 489,74 Mk. gegenüber stand. Am 1. April war ein Kassenbestand von 4922 Mk. in der Verbandskasse vorhanden. Für Beitragsmarken wurden von der Verbandskasse vereinnahmt 15 821 Mk. für Männermarken und 7622,40 Mk. für Frauenmarken. Außerdem wurden von den Kreisen an die Verbandskasse an Monatsbeiträgen 7000 Mk. abgeliefert. Notwendig sei, für einen Fonds für eine zu schaffende Tagespresse kräftig zu wirken. Einmal müßte der Krieg zu Ende gehen, dann müssen wir sofort auch auf diesem Gebiete kräftig vorwärts gehen.

Ueber die Tätigkeit des Bildungsausschusses referierte Genosse Dänm. Er wies auf die Notwendigkeit hin, der Arbeiterklasse geistiges Rüstzeug zu liefern. Nur wer die Zusammenhänge unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens kennt, sie vom Standpunkt unserer Weltanschauung beurteilt und sich große Ziele steckt, nur der sei leichter in der Lage, im Interesse seiner Klasse zu wirken. Nur wer wisse, daß die Befreiung des Proletariats sein ureigenstes Werk sei, der werde auch keinen Augenblick an seiner Sache wankend werden können. In diesem Sinne wirke der Bildungsausschuß. Gute Arbeit leiste auf diesem Gebiete die Arbeiter-Bildungsschule. Sie habe 78 wissenschaftliche Veranstaltungen getroffen, die trotz des Krieges einen Besuch von 6800 Teilnehmern aufzuweisen hatte.

Was die Jugendbewegung in Groß-Berlin betreffe, so seien die Regierungssozialisten am Werke, die Jugend für sich in Anspruch zu nehmen. Glück hätten sie aber sehr wenig. Die arbeitende Jugend sei daran, sich auf eigene Füße zu stellen. Man müge ihr am besten, sie von jeder Schulmeisteri und Bevormundung zu befreien. Selbstdisziplin würde die Jugend allein überleben. Bedauerlich sei, daß es nicht gelungen sei, die proletarische Jugend zu vereinigen. Der Bildungsverein wolle keine Verständigung. Trotzdem läge eine solche im Interesse der Jugend, die alle Förderung verdiene.

Für die Kinderschutzkommission berichtete Genossin Demning. Mühevoll und ausopfernd sei diese Tätigkeit. Die Kinderarbeit habe im Kriege entsetzlich zugenommen. Die Kinderschutzkommission habe besonders die Sorge für viele Kinder übernommen, deren Väter im Felde weilen, und sich, da die Mütter arbeiten müßten, oft allein überlassen seien. Viele solcher Kinder wären mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten, und ihnen drohen Gefängnis und Züchtungsanstalt. Um diesen Kindern treue Helfer zu sein und sie vor den Folgen ihrer Taten zu bewahren, hat die Kommission 86 Schutzanträge übernommen. Die Kommission habe die Benützung gehabt, von vielen im Felde Stehenden warme Dankschreiben zu bekommen, daß man sich ihrer Kinder so annehme.

In der den Berichten sich anschließenden Diskussion wurde von einzelnen Rednern betont: Es sei richtig, daß die Verhältnisse im verflochtenen Jahre sehr schwierige gewesen seien. Wenn nicht mehr geschehen, so läge das in der Natur der Dinge. Man müsse aber darauf Bedacht nehmen, daß bei der Wahl zur Verbandsleitung nicht allzustark mit Arbeit belastete Personen in die Leitung zu wählen seien, wenn die Arbeit nicht leiden solle.

Von einem anderen Redner wurde gewünscht, das „Mittelungsblatt“ solle Reichstagsreden unserer Vertreter zum Abdruck bringen. Eine Genossin wies auf den schweren Mangel hin, der durch das Fehlen der Presse vorhanden ist. Uebrigens hätten wir viel zu lange mit den Regierungssozialisten Geduld gehabt.

Ein anderer Redner wies auf die Notwendigkeit hin, mehr für Verbreitung und Propaganda unserer Ideen zu tun. Das sei auch deshalb erforderlich, damit nicht wieder falsche Bahnen eingeschlagen würden. Schwierigkeiten dürften uns nicht schrecken, immer und immer wieder vorwärts zu drängen. Solange wir kein Tageblatt hätten, müßte das „Mittelungsblatt“ noch weiteren Ausbau erfahren, auch wenn die Nummer 10 Pf. kosten sollte. In finanzieller Beziehung müßten die Genossen sich schon dazu entschließen, einen höheren Beitrag zu leisten. 10 Pf. pro Monat mehr könnten die Mitglieder schon opfern, zumal der Sache damit außerordentlich genützt werden könne. Von anderer Seite wurde ausgeführt, daß in Berlin eine öffentliche Tätigkeit nicht möglich sei. Es müßte anerkannt werden, daß geleistet worden sei, was möglich war. Uebrigens solle auch nicht verkannt werden, daß die uns zur Verfügung stehenden Kräfte nicht so vorhanden seien wie früher. Die Regierungssozialisten hätten Angestellte auch von Gewerkschaften, die jetzt tätig seien, obwohl sie früher nie zu haben waren. Es läge in dieser Arbeit allerdings ein Stück Egoismus, da sie in der Fortführung der Politik vom 4. August auch persönlich interessiert seien. Aber auch wir dürften die Hände nicht in den Schoß legen.

In seinem Schlusswort legte der Vorsitzende dar: Es sei erkenntlich, wenn die Genossen die Tätigkeit des Verbandes mit kritischen Augen betrachteten. Es sei aber auch nötig, selber mit Hand anzulegen. Nur so könne es weiter vorwärtsgehen, die Verhältnisse arbeiteten für uns.

Ein Antrag, wonach die Preßkommission beauftragt werden sollte, Vorschläge zu machen, wie „die Meinungsfreiheit für die verschiedenen Auffassungen innerhalb der Partei in der Parteipresse, in erster Linie im Mittelungsblatt sichergestellt werden könne“, wurde abgelehnt. Dann ging die Versammlung zur Beratung einer vom Zentralvorstande vorgelegten Entschliessung, die sich auf die Organisation bezieht, über.

Folgender Beschluß wurde einstimmig gefaßt: „Die am 24. Juni 1917 tagende Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine von Groß-Berlin und Umgegend befähigt den Uebertritt der dem Verbande angeschlossenen Organisationen zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie bekennt sich zu den Grundätzen, die auf dem Kongress zu Gotha am 7. und 8. April dieses Jahres aufgestellt worden sind und verpflichtet sich, für eine entschiedene, grundsatztreue Führung des proletarischen Befreiungskampfes zu wirken und den Geist und den Sinn des alten sozialdemokratischen Parteiprogramms lebendig zu erhalten. Die Verbands-Generalversammlung erwartet von den hinter ihr stehenden Organisationen, daß sie, belehrt durch die Erfahrungen des Weltkrieges, mehr als bisher für die Stärkung und Vertiefung der sozialdemokratischen Erkenntnis ihrer Mitglieder sorgen, eine rege Betätigtigkeit entfalten und alles tun, um die proletarische Bewegung für die kommenden Kämpfe zu rüsten.“

In organisatorischer Hinsicht macht sich die Verbands-Generalversammlung die in Gotha beschlossenen Organisations-Grundlinien der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu eigen. Vor allem verlangt sie von den angeschlossenen Organisationen, daß sie ihr Leben auf breiter demokratischer Grundlage aufbauen.

Die Verbandsversammlung verzichtet zurzeit darauf, eine völlige Umänderung des bisherigen Verbandsstatuts vorzunehmen. Eine gründliche Neuordnung der Berliner Organisationsverhältnisse soll erst stattfinden, wenn die zahlreichen Genossen, die jetzt im Kriegsdienst stehen, daran tätigen Anteil nehmen können. Die Verbands-Generalversammlung beschließt, daß bis dahin provisorisch folgende, durch die gegenwärtigen Umstände gebotenen Änderungen des Verbandsstatuts durchgeführt werden:

Die Verbands-Generalversammlung wählt zur Leitung der Verbandsgeschäfte eine Verbandsleitung, bestehend aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer und einem Schriftführer.

Von den Kreisen selbst werden gewählt: eine Preßkommission, — ein Aktionsausschuß, — eine Kinderschutzkommission, — eine Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, — eine Schiedsgerichtskommission, — je ein Vertreter des Kreises für den Bezirksbildungsausschuß. Verbandsleitung, Aktionsausschuß, Preßkommission, Schiedsgerichtskommission und Agitationskommission für Brandenburg bilden zusammen den Zentralvorstand. Diesem gehören außerdem noch an 5 Vertreterinnen der Genossinnen und 5 Revisoren, die in der Verbandsgeneralversammlung gewählt werden. Der Vorsitzende der Groß-Berliner Kinderschutzkommission und der Obmann des Bezirksbildungsausschusses sind gleichzeitig Mitglieder des Zentralvorstandes.

Die Preßkommission hat die Kontrolle über das „Mittelungsblatt“ des Verbandes auszuüben.

Die Verbandsgeneralversammlung macht es allen Mitgliedern der zum Verband gehörenden Organisationen zur Pflicht, das „Mittelungsblatt“ des Verbandes zu halten und für dessen Verbreitung zu sorgen.

Beseitigt wird damit die Bestimmung, wonach die Verbandsversammlung ein Befähigungsrecht der von den Kreisen für die einzelnen Kommissionen gewählten Mitglieder ausübt. Auch die Bestimmung, wonach der „Vorwärts“ Publikationsorgan ist, für dessen Verbreitung jedes Mitglied Sorge tragen soll, wird aufgehoben.

Neues enthält die Entschliessung nur insoweit, als das durch die Aufhebung der Lokalkommission und Einsetzung einer Agitationskommission notwendig geworden ist. Zurückgestellt wird eine Bestimmung, nach der ein aus je einem Vertreter bestehender Beirat gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuss alle die Agitation vorbereitenden Maßnahmen zu treffen hat.

Die Wahlen zur Verbandsleitung hatten folgendes Ergebnis: Gewählt wurden: zum 1. Vorsitzenden Adolf Hoffmann; zum 2. Vorsitzenden wurde Paul Hoffmann mit 198 gegen 132 Stimmen gewählt, die auf Emil Eichhorn entfielen. Kassierer wurde Genosse Herbst, und Schriftführer Carl Leid. Einige Stimmen entfielen auf Genossen Volmerhaus.

Nach den Wahlen hielt Gen. Däumig ein eingehendes Referat über „Unsere Aufgaben“. Däumig zeichnete in großen Zügen die jetzige Situation, schilderte das Streben nach Frieden und Freiheit und den Weg, der dazu führe. Nur wenn das Proletariat fest und zielstrebiger seinen eigenen Weg gehe, würde seine Macht der Erde imstande sein, den endgültigen Sieg ihm zu rauben. Deshalb tue Aufrüstung dringender. Diese Aufgabe planmäßig zu betreiben, sei die Aufgabe, die uns zuzufalle. Infolge der vorgerückten Zeit konnte eine auf die Stockholmer Konferenz bezügliche Resolution nicht mehr verhandelt werden. Mit einem Appell an die Genossen zu wirksamer Mitarbeit, und einer Sympathieerklärung an alle für das Freiheitsideal kämpfenden und leidenden Genossen schloß der Vorsitzende die von gutem Geiste besetzte Generalversammlung.

Anwesend waren 416 Delegierte einschließlich der Mitglieder des Zentralvorstandes. Es fehlten 57 Delegierte. An der Versammlung nahmen zum ersten Mal Delegierte des Wahlkreises Spandau-Dönhavelland teil, dessen Anschluß an Groß-Berlin vor Erstattung des Berichts die Versammlung einstimmig beschloß.

Der „Vorwärts“ begleitete in seiner Sonntagsnummer die Generalversammlung mit folgenden tiefgründigen Bemerkungen:

Am heutigen Tage halten die „Unabhängigen“ Berlins ihren Verbandstag ab, zu welchem sie auch einen Bericht herausgegeben haben. Wer glaubt, über eine politische Tätigkeit des Verbandes etwas zu erfahren, irrt sich. Die Berliner Zeitung hat anscheinend über ihre Leistungen gar nichts zu berichten — ein Manko, daß sie durch Anrempelungen ihrer Vorgänger zu vertuschen sucht. Interessant sind aber doch einige Aufzeichnungen. Z. B. erfahren wir, daß der Verband nur 28 000 Mitglieder zählt. So weit hat ihn also die Taktik der „Unabhängigen“ schon jetzt heruntergebracht! Unter den Unkosten figurieren: Gehalt für Meyer 247,31 Mark, Gehälter für Verbandsbeamte 11 238,81 Mk., Drucksachen 14 372,65 Mk. und an Unterstützung der Familien inhaftierter Genossen 1920,66 Mk. Diese letzte Summe scheint gering. Von irgendeiner Tätigkeit zu berichten, sei, wie es heißt, „aus naheliegenden Gründen“ unmöglich.

Der „Vorwärts“ täuscht durch die Notiz wieder einmal seine Leser. Die Verbandsleitung hat einen ihre Tätigkeit erschöpfend darstellenden Bericht nicht herausgegeben, sondern nur dem Kassensbericht einige Bemerkungen vorausgeschickt. Die 2400 Mk., die der frühere geschäftsführende Ausschuss für seinen Jahresbericht aufwandte, erscheinen ihm in jetziger Zeit zu hoch, zumal doch nicht eine solche Sachdarstellung über das verfloßene Jahr gegeben werden konnte, wie das die Wahrheit erfordert. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Daß die Mitgliederzahl des Verbandes nur 28 000 beträgt, entspricht nur den vielen im letzten Jahre erfolgten Einziehungen. Das durch die frühere Leitung geschundene Vertrauen der Genossen kehrt wieder, und von Tag zu Tag nehmen die Mitglieder, welche durch die frühere Politik beiseite gestanden haben, ihre Mitgliedschaft wieder auf. Unter den Ausgaben für Gehälter fungieren allein 3500 Mk. Gehälter für Fischer und Böcke, sowie die 1600 Mk. für den zum Heere eingezogenen Bildungssekretär. Daß dem „Vorwärts“ die für Unterstützung der Familien Inhaftierter angegebene Summe gering erscheint, ist nur dem Umstande geschuldet, daß die Vorwärtsredaktion keine Ahnung davon zu haben braucht, daß von den Genossen der einzelnen Kreise fast ausschließlich diese Kosten getragen worden sind. Man sieht, der „Vorwärts“ urteilt ohne die geringste Sachkenntnis. Das tut er aber immer. Nur Redensarten, hinter denen nichts steht; wenn nur der Zweck erreicht wird, andere herabzusetzen und geleistete Arbeit zu verkleinern. Daß dem „Vorwärts“ unsere Tätigkeit nicht gefällt, glauben wir; das freut uns nur.

### Hilfe für den Vorwärts aus dem Berliner Stadtsäckel.

Dem Vorwärtsverlag ist es sehr unangenehm, daß wir sein Vittgesuch um Herabsetzung der Miete für die „Vorwärts“-Expedition am Petersburger Platz der Öffentlichkeit mitgeteilt haben. Der Verlag sucht, so gut und so schlecht es geht, sich aus der blamablen Affäre herauszuwickeln. Das tut er wie folgt:

„Ein Vittgesuch ist weder von dem Filialleiter Keller, der in der Notiz genannt wird, noch von der Firma eingereicht worden, sondern es ist hier nur das geschehen, was tagtäglich zwischen Geschäftslenten und Mietern vor sich geht: wenn für den Mieter die Möglichkeit vorliegt, billigere und passendere Räume zu erhalten, so legt er dem Vermieter nahe, die Miete zu ermäßigen, andernfalls der Kontrakt gekündigt wird. So auch in diesem Fall. Da die Stadt Berlin Eigentümerin des Grundstücks ist, auf dem sich das gemietete Lokal befindet, so mußte das Gesuch an die Grundeigentums-Deputation der Stadt Berlin gerichtet werden, der Herr Stadthagen als Mitglied angehört. Verhandlungen der Deputation werden, soweit sie persönlichen Charakter tragen, in der Regel diskret behandelt; dem Berichterstatter der Minderheitspresse scheint dies nicht bekannt zu sein, oder der Haß gegen den „Vorwärts“ und die Sozialdemokratische Partei ließ ihn alle Rücksicht auf Anstand und Sitte vergessen. Stadthagen bekämpfte übrigens in der Deputation den Antrag in der gehässigen Weise. Wenn der Berichterstatter der Minderheitspresse über den Rückgang der Abonnentenzahl des „Vorwärts“ jubelt, so wollen wir bemerken, daß dieser Rückgang nicht neueren Datums ist, sondern schon zu der Zeit konstatiert werden konnte, als Stadthagen noch seine „geschwätzte Kraft“ der Redaktion zur Verfügung stellte. Seitdem das nicht mehr möglich ist, hat der „Vorwärts“ viele seiner damals aus Verärgerung über die gehässige Schreibweise abgegangenen Abonnenten zurückgewonnen; übrigens ein Beweis dafür, daß der „Vorwärts“ auf dem rechten Wege ist.“

Die Darstellung stellt die Sache auf den Kopf. Tatsache ist, daß der Antrag auf Mietermäßigung begründet wurde mit dem starken Rückgang des Abonnentenstandes und dem der Buchhandlung. Es falle dem Verlag schwer — so hieß es in der Begründung — die Miete für die Räume zu zahlen und er bäte darum, die Miete um 25 Prozent zu ermäßigen. Nach allen bisherigen Gepflogenheiten kann ein solcher Antrag nur dann Berücksichtigung finden, wenn der Antragsteller sich tatsächlich in einer besonderen Notlage befindet. Diese muß nachgewiesen werden. Dazu kommt noch, ob der Antragsteller in eine besondere Notlage kommt, wenn er nicht gerade in den Räumen wohnt

bleiben kann, die er inne hat. Das lag aber nicht vor. Der Vorwärtsverlag bekommt andere Räume und die Stadt andere Mieter, zumal die Miete für diese Räume außerordentlich gering ist. Ein Mietserlaß könnte nur auf allgemeine Kosten gehen und wäre von Stadthagen gar nicht zu verantworten. Die Anwürfe gegen den Genossen Stadthagen sind nur der Ausfluß des Aergers darüber, daß Stadthagen in der Grundeigentums-Deputation seiner Pflicht gemäß sich gegen das vom Vorwärtsverlag von der Stadt erbetene Geschenk auf Kosten der Bürgerschaft gewendet und das an die Deputation gestellte Ansinnen in das rechte Licht gerückt hat. Hätte der Vorwärtsverlag noch Gefühl für Selbstachtung, so hätte ihn das von der Stellung seines Bettelantrages abhalten sollen. Dann hätte er sich die Blamage erspart.

Um seine herabgehende Leserzahl zu mehren, veröffentlicht der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer eine Aufforderung an die Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins zum Abonnement. In der Aufforderung heißt es unter anderem:

„Der „Vorwärts“ ist das einzige sozialdemokratische Parteiorgan in Groß-Berlin, das einzige Blatt, das eure politischen, sozialen und wirtschaftlichen Anschauungen zum Ausdruck bringt“. Das wagt man den Berliner Arbeitern zu sagen, denen man ihr Blatt geraubt hat. Wenn man noch geschrieben hätte, der „Vorwärts“ ist das Blatt, das für Herrn Scheidemann Reklame macht, das Blatt der Regierungssozialisten, so hätte der Verlag wenigstens die Wahrheit gesagt. Gewiß, einzig ist der „Vorwärts“ in seiner Art, aber das Blatt der Berliner Arbeiterschaft ist der „Vorwärts“ längst nicht mehr. Dann heißt es in der Einladung:

„Hat sich also der „Vorwärts“ in der politischen Welt einen Rang erworben, auf den er und seine Freunde stolz sein dürfen, so hat er sich als Blatt der Groß-Berliner Arbeiterschaft die volle Stellung, die ihm gebührt, erst zu erwerben. Zehntausende von Groß-Berliner Arbeitern halten farblose, politisch bedeutungslose Blätter und entziehen damit dem Blatt, das ihre Ideen und ihre Interessen vertritt, die verdiente Unterstützung.“

Ein Blatt, das ständig hin und her pendelt, ohne feste Grundzüge, hat das Anrecht verwirrt, sich vorbildlich hinzustellen und die Unterstützung der Arbeiter zu verlangen. Dann wird gesagt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich nicht eher zufrieden geben dürfen, „bis einer Organ, der „Vorwärts“, das meist gelesene Blatt Berlins ist“. Dafür werden sich die Arbeiter bekümmern bedanken.

Nur ein Blatt, das wirklich unabhängig auch in diesen schweren Zeiten des Weltkrieges furchtlos und unerschrocken die Interessen des Proletariats vertritt, ohne jede Rücksicht, nur ein solches Blatt könnte und müßte die Unterstützung der Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins finden. Ein solches Blatt ist aber der „Vorwärts“ nicht mehr. Er begeistert vielmehr diejenigen, die eine entschiedene im Interesse des Proletariats gelegene Politik führen. Und deshalb werden die Arbeiter Groß-Berlins sich abwenden und zwar mit Verachtung abwenden von einem Blatt, das längst nicht mehr das Ihrige ist.

### Hinter den alldentschen Kulissen.

Die „Münchener Post“ brachte vor einigen Tagen unter der Überschrift „Großkapital, Annexionspolitik und Pressekorruption“ einen Artikel, dessen Kraststellen wir hier nicht wiederzugeben wagen. Der Artikel enthält die Zuhilfenahme eines „befehrten“ Annexionschwärmers, in der es heißt:

„Ich schloß mich im Februar 1916 der rührigen annexionistischen Gruppe an, die „Nichtlinien“ für Wege zum dauernden Frieden“ ausarbeitete. Die Gruppe setzte sich durchaus nicht einheitlich zusammen; denn sie bestand aus Großagrariern, Großkapitalisten, Intellektuellen und Vertretern der christlichen Arbeiterschaft. Neben dem vielgenannten General Freiherrn v. Gebfattel, dem konservativen Bündler Beckh und dem Freiherrn v. Cetto saßen die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre Linus Funke und Franz Käsehaage. In den Zielen war sich diese merkwürdig gemischte Gesellschaft durchaus nicht einig. So stieß auf starken Widerspruch der Herren v. Gebfattel, Beckh und v. Cetto folgender Satz der „Nichtlinien“: Unter Ablehnung einer politischen Entrechtung der beiden belgischen Völker muß das Deutsche Reich den militärischen Schutz gegen Anschläge der Westmächte auf Belgien übernehmen.“ Den alldentschen Gewaltmenschen vom Schlage der Gebfattel ging dieser Passus nicht weit genug, sie waren im Grunde ihres Herzens für eine vollständige Entrechtung der beiden belgischen Völker. Nun schließlich einigte man sich, und so kämpften denn der Bund der Landwirte, der Evangelische Bund, die Führer der christlich-sozialen Arbeiterschaft, die Größen des Münchener Freisinn (Herr Dr. Hohmann), der große Cappelmann einmütig miteinander „für Deutschlands Größe“. Sehr in die Augen fiel mir bei meiner Beteiligung an den Bestrebungen der „Nichtlinien“-

Gruppe die hervorragende Tätigkeit einflussreicher Finanz- und Handelsgruppen. So unterzeichneten die „Nichtlinien“ n. a. die Herren: Kuhlö, Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes, Kommerzienrat Stöhr, Dr. Zeitlmann und Schreyer, Direktoren der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank, Kommerzienrat Gantsch. Die Leiter der Nichtlinien-Gruppe legten eben besonders großen Wert auf „wirtschaftlich starke Personen“. Und so wurde schon den Vertrauensleuten dieser Gruppe an das Herz gelegt, die wirtschaftlich starken Personen des Orts zu bearbeiten, damit sie entsprechende Geldsummen für die große Sache zur Verfügung stellen. Mit der Sammlung in Form von kleinen und kleinsten Beiträgen ist wenig anzufangen...“ Nach diesem Rezept wurde gearbeitet, und so zeichneten denn für die Verbreitungskosten der Nichtlinien hauptsächlich: Der Bayer. Industriellenverband, die Bayer. Hypotheken- und Wechselbank, Kathreiners Malzkaffee-Fabriken, Herr Gantsch usw. usw.“

Die „Münchener Post“ teilt weiter mit: „So hat denn in letzter Zeit das annexionslustige deutsche Großkapital das Nachmittels der Presse systematisch in den Dienst seiner Politik gestellt. Nicht weniger als drei Zeitungen brachte es in seinen Besitz. Und eins der größten Berliner Blätter, das sich als „unparteiisch“ auszugeben den Mut hat, ist direkt unter seinem Einfluß gelangt. Der „Berliner Lokalanzeiger“ hat sich neuerdings der Partei der internationalen liberalen Kanzlergegner angeschlossen.“

In dieser Hinsicht sind die Ausführungen... des Generalsekretärs Beumer, auf der Essener Konferenz des niederheinisch-westfälischen Bezirksverbandes des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden von hohem aktuellem Interesse. Herr Beumer führte nach dem Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom 5. Juni (Nr. 546) aus:

„Als im Jahre 1871 Jules Favre behauptete, kein Fußbreit Landes würde abgetreten und kein Stein einer französischen Fehlung werde Deutschland überlassen, und als Alphonse Tiers durch ganz Europa reiste, um die Neutralen gegen Deutschland aufzubeben, da entfiel Bismarck, ganz im Hintergrund bleibend, einen Pressefeldzug ohne gleichen, indem er die ganzen Sünden der Franzosen in Jahrhunderten hindurch darlegte und dann zu sagen: Der Staatsmann ist in Deutschland unmöglich, der dieser Volksstimme nicht nachkommt, der Volksstimmung, die den Schlüssel zu unserem deutschen Hause fordert: das Elsaß. Das tat damals Bismarck. Heute ist die Presse jahrelang im Kriege zunächst gehemmt worden, und heute tun die von Bethmann-Hollweg beeinflussten Blätter das Gegenteil, obgleich sie, wie Bismarck in einem Pressefeldzug den Schlüssel zum deutschen Hause forderte, mit demselben Rechte den Schlüssel Englands zu Belgien, Antwerpen, fordern müßten.“

Die „Münchener Post“ schließt ihren Artikel mit folgender Aufforderung:

„Angesichts der... Versuche, die öffentliche Meinung zugunsten der annexionistischen Bewegung zu fälschen, kann das Volk nicht laut genug reden. Das Volk muß sich noch häufiger und entschiedener als vordem der sozialdemokratischen Presse, dieses Sprechorgans der breiten Masse aller schaffenden Schichten, bedienen und in einer Massenbewegung von der Regierung stürmisch den baldigen Abschluß eines annexionslosen Dauerfriedens fordern.“

Das Münchener Blatt würde gut tun, seinen regierungssozialistischen Freunden das Rückgrat zu steifen. Aber es hat selbst im Verein mit der ganzen „Mehrheits“-Presse im Laufe der drei Kriegsjahre dazu beigetragen, den annexionslüsternen Gewalten in den Sattel zu helfen.

### Renaudel und Mehring.

Zu dem offenen Briefe des Genossen Mehring an Tschedse schreibt Renaudel in der „Humanité“ u. a. folgendes:

„Der Brief erfordert übrigens einige Betrachtungen. So scheint Mehring, wenn er mit viel Kraft die Haltung der deutschen Sozialdemokratie verurteilt, es einfach im Namen eines allgemeinen und abstrakten Prinzips zu tun, mehr als im Namen der Tatsachenbetrachtung. Die Verantwortlichkeit des deutschen Sozialismus geht weiter und tiefer. Er hat sich in der Stunde des Krieges täuschen lassen, und er hat jene These angenommen, daß von dem Augenblick an, wo das Kaiserreich Deutschland in den Krieg ge schleudert hatte, es nichts mehr zu diskutieren gab, die Pflicht der Vaterlandsverteidigung, die dem Sozialismus unterlagte, sich mit den Verantwortlichen zu demoralisieren, wurde durch sie geschaffen. Der Gedanke Mehrings über diesen Plan scheint nicht klar...“

Ebenso wenn der Kampf gegen den Imperialismus die Zentralfrage der internationalen sozialistischen Aktion ist, wer sieht denn nicht, daß seine Form notwendigerweise variieren muß, indem er den politischen Institutionen folgt. Es gibt z. B. Länder, wo das Volk, dank seiner demokratischen Institutionen, mit Sicherheit auf die Regierungsentscheidungen einwirken, die Vertreter der führenden Klassen oder Klassen verpflichtet kann, vor dem Befehnis imperialistischer Ambitionen zurückzuschrecken, und zu verkünden, daß keine Geheimdiplomatie im Kriege herrschen wird. Der Kampf gegen den Imperialismus muß eine ganz andere Form annehmen in den Ländern der Autokratie, wo weder das allgemeine Wahlrecht noch die tatsächliche Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Parlament, die aus dem allgemeinen Wahlrecht entspringt, bestehen.“

Noch weniger scheint Mehring genügend Unterschied zwischen dem angegriffenen und dem angreifenden Land zu machen.

Wie es indessen auch sei, sein Brief ist sehr interessant, und er betont sehr lebhaft, was wir selbst gesagt haben, daß eine internationale Zusammenkunft veranstalten, ohne die deutschen Sozialimperialisten vor Gericht zu stellen, die Bewegung des sozialistischen Erwachens in Deutschland abschwächen und die Aktion einer wiedererstandenen Internationale paralytisieren hiesse.

Renandel beruft sich auf Mehring bei seinem Urteil über die deutsche Mehrheit. Wir sind von der Unaufrichtigkeit und Gefährlichkeit ihrer Haltung überzeugt, aber wir glauben auch nicht, daß die Haltung der französischen Mehrheit volle Anerkennung finden wird, und daß sich das „Gericht“ nicht nur auf die deutsche, sondern auch auf die französische Majorität erstrecken muß. Genosse Mehring dürfte dabei der letzte sein, der sich die etwas einseitige Auffassung Renandels zu eigen macht.

### Kronprinz und Sozialdemokrat.

Wir lesen in der J. A.:

„Die deutschen Kriegsnachrichten geben einen längeren Bericht wieder, den der Chefredakteur der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, Herr A. Wyncken, über einen Besuch im Hauptquartier des Kronprinzen in seinem Blatte erstattet hat. Seine verhimmelnden Redensarten interessieren uns nicht weiter. Wir nehmen Anstoß nur an der folgenden Stelle des Berichts:

„Er (der Kronprinz) erzählte mir bei diesem Anlaß auch, daß er kürzlich, als zehn bayerische Abgeordnete die Front besuchten, Gelegenheit gehabt habe, sich mit einem Sozialdemokraten zu unterhalten. Er habe es für nützlich gehalten, diesen Herrn in die vorderste Linie zu bringen und sei erfreut gewesen über den gewaltigen Eindruck, den dieser Mann aus dem Volke von den bitteren Leiden, den Nieseisungen und dem nicht umzubringenden Siegeswillen der Truppen heimgebracht hat. Er, der Kronprinz, habe empfunden, daß der Herr mit sehr ernsten Gedanken, vielleicht gar mit einer neuen Weltanschauung, den Heimweg angetreten.“

Die J. A. bemerkt hierzu:

„Es ist ganz unmöglich, daß der Kronprinz Herrn Wyncken das erzählt hat. Wer weiß, was der alte Herr aus Königsberg da alles mißverstanden hat! . . .

Es läge im Interesse des Kronprinzen, wenn über die Unterredungen, die er führt, nicht so unberufene und irreführende Darstellungen namentlich in dem halbamtlichen Blatte verbreitet würden. Herr Wyncken hat ihm mit seinen Erzählungen keinen guten Dienst erwiesen.“

Wir sind der Meinung, daß es im Interesse der deutschen Sozialdemokratie läge, auf solche Hauptquartierbesuche zu verzichten. Der bayerische Sozialdemokrat hätte dann sich, seiner Partei und auch dem Kronprinzen peinliche Situationen und irreführende Darstellungen erspart.

### Hugo Haase gegen eine Friedensinterpellation.

Die „Leipziger Volkszeitung“ kennzeichnete in ihren Nummern vom 15. und 16. Juni (wir haben die Artikel in letzter Nummer abgedruckt) die Friedensheute der Regierungssozialisten in zwei Artikeln, die an der Hand von Aufzeichnungen der führenden Regierungssozialisten nachweisen, daß die Herren Scheidemann, die sich heute den Anschein geben, als hätten sie von Anbeginn des Krieges mit größtem Nachdruck für einen Verständigungsfrieden gewirkt, allen ernsthaften Friedensbestrebungen stets entgegengetreten sind.

Die Wichtigkeit dieser Nachweise mag der „Vorwärts“ nicht zu bestritten. Dafür rächt er sich mit der Behauptung, Genosse Haase habe im Mai 1915 sich ebenfalls gegen eine Friedensinterpellation gewendet.

Die Tatsache an sich ist richtig, aber sie ist gar nicht in Vergleich zu stellen mit der Haltung der Regierungssozialisten, die aus Rechnungsträgerei gegenüber der Regierung jede Friedensaktion vereitelten. Jene Bemerkung Haases zu dem geschäftsführenden Ausschuß der Groß-Berliner Organisation gab nur wieder, was in einer Fraktions Sitzung beschlossen worden war. In der Fraktions Sitzung vom 17. Mai 1915 beantragte Hoch, eine Friedensinterpellation einzubringen. Genosse Haase, als Fraktionsvorsitzender, berichtete, daß der Reichskanzler aus Rücksicht auf die Krise in Italien — Italien stand unmittelbar vor der Kriegserklärung an Oesterreich — seine politische Rede bis zum 26. oder 27. Mai hinausschieben wollte; er fügte hinzu, daß er von der Einbringung einer Friedensinterpellation in diesem Augenblick abrate, man hätte sie schon im Dezember 1914 oder im März 1915 einbringen sollen. Gerade jetzt aber könne sie in Italien als bestellte Arbeit wirken, den Anschein erwecken, als sähe den Deutschen das Messer an der Gurgel. Dadurch könnte sie geradezu die Kriegserklärung Italiens beschleunigen und zur Verschärfung der Kriegslage beitragen. Es wäre deshalb zweckmäßiger, mit der Friedensinterpellation zu warten, bis die Entscheidung in Italien gefallen sei.

Dies der Vorgang; er beweist lediglich, daß der Genosse Haase nicht, wie die Herren Regierungssozialisten so oft sagen, öde Verneinungspolitik treibt, daß er vielmehr Notwendigkeiten der politischen Situation Rechnung zu tragen weiß, was ihn allerdings insofern von den Regierungssozialisten unterscheidet, als diese die Opportunitätspolitik grundsätzlich zur Nichtsnur ihres Handelns gemacht haben.

### Aus der Bewegung.

Die Generalversammlung des 3. Kreises fand am 19. Juni im Gewerkschaftshaus statt. Genosse Braun erstattete einen ausführlichen Bericht über die Verhältnisse des Kreises, wie sie sich seit Ausbruch des Krieges bis jetzt entwickelt haben. Er unterzog die Machinationen des Parteivorstandes sowie seiner Helfer einer gründlichen Kritik und kam zu dem Ergebnis, daß wir im Kreise im allgemeinen befriedigt sein können, an uns liege es jetzt, unsere volle Kraft einzusetzen im Dienste der Partei, wie wir sie uns in Gotha geschaffen haben.

Den Kassenbericht erstattete Gen. Budde. Es waren im Geschäftsjahr 1916 eine Einnahme von 5141,36 Mk. zu verzeichnen, dem stand gegenüber eine Ausgabe von 3733,50 Mk., so daß am 31. März ein Kassenbestand von 1407,86 Mk. zu verzeichnen war. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. In der Diskussion wurde ein Antrag des Genossen Beck, die Kinderschuttkommission aufzuheben, abgelehnt, dagegen wurde der Beschluß des Parteivorstandes, die Volkalkommission aufzuheben, dafür aber eine Agitationskommission für die Provinz Brandenburg einzusetzen, angenommen. Die Wahlen zum Vorstand hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Genosse Braun, 2. Vorsitzender Gen. Man, 1. Schriftführer Genosse Krafemann, 2. Schriftführer Genosse Gent, 1. Kassierer Gen. Budde, 2. Kassierer Gen. Stein, sowie noch sämtliche Abteilungsleiter, welche noch kein Amt haben, als Beisitzer.

Vertreter im Aktionsausschuß wurde der Vorsitzende des Kreises Gen. Justin Braun, in die Prehensionskommission der Gen. Gustav Müller, in die Agitationskommission der Gen. Ludwig Borchardt, in die Schiedskommission der Gen. Johannes Man und als Revisor von Groß-Berlin der Gen. Albert Proy gewählt.

In die Schiedskommission des Kreises wurden gewählt die Genossen Preuß, Hartbert, Gründler, Müdiger, Genossin Anagag, als Erziehungskommission Gen. Conradt. In die Zeitungskommission wurden die Genossen Hinz, Beyer, Mittag, Genossin Müller gewählt, in den Bildungsausschuß die Gen. Gent, Eichhof, Langhof, Stein und Preuß. Für die Schifferagitation wurde der Gen. Gent gewählt. Für die Frauen wählte die Versammlung die Genossin Reinte als Vertreterin des Kreises. Als Revisoren wurden die Gen. Krüger, Bremer und Genossin Behnke bestimmt; in die Kinderschuttkommission die Genossin Frau Bettola.

Zum Schluß bestätigte die Generalversammlung die Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung, welche seitens der Abteilungen in Vorschlag kamen.

Die Generalversammlung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Wahlvereins Neukölln, die am 8. Juni tagte, nahm den Geschäftsbericht des Genossen Hoch entgegen. Der alte Vorstand konnte sich im Vorjahre nicht dazu verstehen, dem neugewählten Vorstand die Geschäfte, wie es sich gehörte, zu übergeben, sondern die Groger-Gruppe suchte die Wahl für ungültig zu erklären. Der jetzige Vorstand hatte sich aber nicht das Recht nehmen lassen, die Geschäfte am 7. Juni zu übernehmen. Außer dem Sekretär wohnte kein altes Vorstandsmitglied der Uebergabe bei. Erst in der dritten Generalversammlung vom 28. Juni 1916 — zu der ein ganzes Heer von Gewerkschaftsangehörigen aufgeboten worden war — fiel die Entscheidung. Der eigentliche Kampf spielte sich in der Kreis-Generalversammlung vom 18. Juni 1916 ab, wo der Vorstand der Groger-Gruppe unter Mitnahme der Geschäftsbücher ausrückte. Am 27. August 1916 fand in Neukölln von Neumann und Genossen die Gründung des Sondervereins statt, zu der der Parteivorstand seinen Segen erteilte. Das ganze Jahr war für den Vorstand ein aufreibender Kampf. Von Neumann und Genossen wurde der Vorstand als reiner Vorstand der Spartakus-Gruppe denunziert, und hatte derselbe sich vor der freundlichen Aufmerksamkeit der Polizei- und Militärbehörden zu erfrenen. Der alte Vorstand ist restlos zur Groger-Gruppe übergegangen. Im November v. J. referierte Dr. Silberstein über die Stadtverordnetenwahlen. Seine Ausführungen bewiesen, daß ihm seine Stellung als Fraktionsvorsitzender näher stand, als die Stellung seiner Wähler. Auf die spätere Anfrage des Vorstandes an sämtliche Stadtverordnete, welche Stellung sie einnehmen, traf durch Groger die Antwort mit der Unterzeichnung ein, daß sie bis auf vier Stadtverordnete, auf dem Boden des Parteivorstandes stehen. Im Februar d. J. erklärten Scholz, Dr. Silberstein, Rohr und noch einer, daß auch sie aus unserer Organisation ausscheiden, nachdem der ehemalige Vorsitzende Scholz als Redakteur des früheren „Vorwärts“ seinen Kollegen in den Rücken gefallen war und dem Regierungsorgan treu blieb.

Die Jugendheime wurden geschlossen, und mußte der Vorstand zur Unterkunft der Kinder der Genossen leerstehende Kaden mieten. Erst in diesem Frühjahr wurden die Heime als Kinderhorte freigegeben.

Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 25 Sitzungen. Versammlungen fanden inkl. Generalversammlungen 5 statt. Der Vorstand glaubt seine Pflicht getan zu haben, indem er eine selbständige sozialdemokratische Politik vertrat.

Den Kassenbericht gab an Stelle des eingezogenen Sekretärs, Gen. Radtke, gleichfalls Genosse Hoch. Die Einnahmen betragen 11752,40 Mk.; die Ausgaben 22164,34 Mk.

Der Mitgliederbestand betrug am 31. März 1916 4056 Männer und 1510 Frauen, zusammen 5566 Mitglieder. Durch Tod schieden 220 Mitglieder. Ausgeschlossen und gestrichen sind 672 Männer und 329 Frauen, zusammen 1001, und neueingetreten 33 Männer und 11 Frauen, so daß am 31. März 1917 2127 Männer und 1376 Frauen, zusammen 3503 verblieben. Im Felde befinden sich 4363 Mitglieder, so daß der Gesamtbestand 7866 Mitglieder beträgt.

Der Vorstand wurde, nachdem für die ausgeschiedenen Mitglieder Vorschläge erfolgten, einstimmig

en bloc gewählt. Die Wahl der Viertelführer für den 2. und 3. Bezirk wurden den betreffenden Genossen überlassen.

Zur Kreisgeneralversammlung wurden zwei Anträge vom Gen. Beder angenommen, die verlangten, daß dem Ortsvorstand zur Kreisgeneralversammlung nur drei Mandate, und dem Kreisvorstand zur Verbandsgeneralversammlung nicht mehr als fünf Mandate zustehen.

Der Abgeordnete Hoch als regierungssozialistischer Organisator. In Hanau hatten sich am letzten Sonntag unter Führung des Abgeordneten Hoch Anhängel der Scheidemannler zusammengefunden, um die Spaltung der Kreisorganisation, die mit überwältigender Mehrheit zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei steht, zu vollziehen. Hoch „begründete“ die „Notwendigkeit“ dieses Schrittes. Gleichzeitig befürwortete er den Anschluß an die Frankfurter „Volkstimme“ und deren Gewaltstreikler, die während des Krieges die ländlichen oppositionellen Kreise schüddere entrechteten. Dabei war Hoch die Jahre hindurch ein lauter Rufer im Streit, ähnlich, wie er lange Jahre den „radikalen“ Volkstribun münzte. Die Leute, die sich zur Spaltung der Wahlkreisorganisation eingefunden, stimmten ihm natürlich zu. Doch die Herren wurden im Hanauer Wahlkreis innegehalten, daß sowohl Hoch ausgespielt hat, wie sich ihre Sammlungsversuche für die Regierungssozialisten auf geringe Sprengkräfte beschränken werden. Die Masse der Arbeiter steht fest zur U. S. P.

Bäderich für die unabhängige Sozialdemokratie! Von den Scheidemannsozialisten des Niederrheins wird mit größtem Eifer der Anschein zu erwecken versucht, als ständen wenigstens die kleineren Kreise des Bezirks (alle großen haben sich bekanntlich schon längst geschlossen für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erklärt) hinter den Regierungssozialisten. Was auch diese Behauptung auf sich hat, zeigt neuerdings wieder das Verhalten der Parteimitglieder des Wahlkreises Neuß-Grevenbroich. In der Generalversammlung des Wahlkreises (am 3. Juni) stimmten 21 Vertreter für die Mehrheitspolitik, 17 Vertreter für den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Eine Resolution Dr. Erdmann, die die Gewaltpolitik des Parteivorstandes scharf geißelt, erhielt alle, also 38 Stimmen. Die 17 Vertreter und die hinter ihnen stehenden Parteimitglieder haben sofort ihren Austritt erklärt und den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vollzogen. Die Ortsgruppe Bäderich ist geschlossen übergetreten. In den anderen Ortsgruppen steht der Anschluß bevor. So sieht's nicht nur hier sondern in allen Kreisen des Bezirks aus. Was die Vertrauensmänner der Scheidemanngruppe natürlich nicht abhalten wird, jetzt erst recht mit Mut und Ausdauer das genaue Gegenteil zu behaupten.

Aus Breslau. Wie manche der rechtsstehenden Parteiblätter sich mit ihrem Abonnentenzuwachs während der Kriegszeit brüsten, und dabei immer einen Seitenhieb auf die radikalen Blätter austeilten, deren Abonnentenzahl erheblich sank, ist genügend bekannt. Allen, die nicht blind an den Grundursachen vorübergehen, ist auch klar, daß diejenigen Blätter, deren Abonnentenzahl sich verringerte, auf dem alten sozialdemokratischen Standpunkt stehen blieben, während die mit dem berühmten Zuwachs versimpelten und verbürgerlichten, die, wenn sie vor dem Kriege noch einen Funken sozialistischen Geistes in sich trugen, und noch so etwas wie Grundfäße hatten, diese in die Kumpelkammer taten und den neuen militärfrommen Grundfäßen sich anpaßten.

Ganz besonders trifft das auf die Breslauer „Volkswacht“ zu. Dieses sozialdemokratische Organ unterscheidet sich in keiner Weise mehr von den bürgerlichen Blättern, ja es wird in Ton und Forderungen manchmal von der bürgerlichen Presse am Orte noch übertrumpft. Nur ganz ausnahmsweise passiert ihm noch ein Rückfall in die alte Zeit; aber wenn mal ein schärferer Ton mit unterläuft, dann merkt man die nächsten Tage förmlich, wie das Blatt aus Neue sich müht, um zahmer zu sein. Diese Haltung des Blattes hat natürlich mancherlei bürgerliche Abonnenten gebracht; wer sich in bürgerlichen Kreisen den Anschein eines oppositionellen geben will, greift zur „Volkswacht“ und läßt möglichst deutlich sehen, daß er Leser dieses ehemals sozialdemokratischen Blattes ist.

Dazu kommen die Feldabonnenten. Was sind denn das für Leute, die täglich als neue Mitglieder auftauchen oder schon länger die Zeitung ins Feld bekamen? Die Breslauer Sozialdemokraten und die Genossen aus der Provinz lassen sich selbstverständlich ihre Parteizeitung ins Feld schicken, sie lassen nie ein anderes Blatt und ihnen liegt doch hauptsächlich daran, etwas aus der Heimat zu erfahren. Viele dieser Genossen sind durch die bisherigen Aufklärungsmethoden auch nicht allzu scharf in ihrem Urteil, fast blind vertrauen sie ihrer Zeitung wie ihren Führern. Im Felde haben sie als Soldaten naturgemäß noch weniger Gelegenheit, sich neue Urteile zu bilden. Wenn aus vielen Gegnern oder Indifferenten Leser dieser Parteizeitung wurden, so bringt das der Krieg im allgemeinen mit sich.

Dem Verlage der „Volkswacht“ und besonders ihrem Chefredakteur gibt der Umstand, daß eine erhebliche Zahl neuer Abonnenten während des Krieges gewonnen wurden, bei jeder Gelegenheit Veranlassung, rühmend hervorzuheben, wie glücklich man doch sein könne über die Haltung des Blattes, das solche Erfolge zeitigte. Gewiß, für die Kasse der Zeitung ist der Erfolg recht angenehm, nur ähneln es mehr kapitalistischen Grundfäßen als sozialdemokratischen, wenn so stark auf die pekuniären Verhältnisse Rücksicht genommen wird.

Ähnlich wie mit der Parteizeitung verhält es sich auch mit der Zunahme der Mitglieder. Gewiß stimmt es, daß eine ganze Anzahl neuer Mitglieder sich meldeten. Sie kamen sogar direkt zugelaufen, oft ohne jede Aufforderung. Ja, wie ist das möglich? wird jeder fragen. Die Sache ist sehr einfach. Jeden Monat werden einige Vorstellungen in Breslauer Thea-

tern zu billigen Preisen für Mitglieder der Partei gegeben. Früher war es leicht möglich, durch Bekannte und Verwandte, die Mitglieder waren, auch als Nichtmitglied ein Billet zu erhalten. Mit der Zeit wurde der Andrang aber so groß, daß an die Mitglieder Theaterkarten herausgegeben werden mußten, die nur dem Inhaber das Erheben eines Billets ermöglichten. Nun war für die anderen guter Rat teuer, aber sie halfen sich, indem sie Mitglieder wurden. Ein nicht unerheblicher Teil der neuen Mitglieder kommt auf dieses Konto.

Nach alledem haben die Breslauer Schreier nicht einmal viel Ursache, so ihres Sieges froh zu sein. Aller Voraussicht nach dürfte hier der Kagenjammer nach dem Kriege recht kräftig einsehen.

**Die Halle'sche Volkstribüne.** In Halle haben die Regierungsozialisten eine neue Zeitung gegründet, die „Halle'sche Volkstribüne“, deren lokaler Teil von Karl Wendemuth, früher an der „Berg. Arbeiterstimme“, redigiert wird. Der politische Teil wird von der Magdeburger „Volkstribüne“ übernommen.

Aus Tegel wird uns geschrieben: Auch hier ist endlich die „reine Scheidung“ im Bezirkswahlverein vor sich gegangen. Die bisherige Leitung hatte es verstanden, und eine Reihe von ihr behaupteter Zufälligkeiten half dabei, diese Klärung unter den hiesigen Genossen so lange hinauszuschieben. Allerdings nicht ohne Schuld der hiesigen Genossen, denn deren Mehrheit konnte oder wollte sich nicht zu einer entschiedenen Haltung der zögernden Vereinsleitung gegenüber auflassen — es war mit der alten gewohnten Gemütslichkeit und Ruhe doch in Tegel zu schön und man ließ sich des öfteren in den stattgehabten Zusammenkünften gern das alte Lied vorsingen von der „früheren Selbständigkeit Tegels, die man wieder herstellen wollte, falls sich eine Mehrheit für die „Unabhängigen“ finden würde.“ Man war ja mit vielem gleichfalls unzufrieden, aber „Spaltung“ — nein, das machen wir nicht mit, sagte die Bezirksleitung, eher werden wir wieder „selbständig“ wie früher. Nun, so weit kam zum Glück dieser Herren nicht. Nach fast halbjährigem Gange und Bange kam jetzt, nachdem vor zwei Monaten bereits Genosse Stadthagen in einem zusammenfassenden Referat alles Notwendige zur Klärung gesagt und als Korreferent der Vertreter der „Mehrheit“ Siebel deren Standpunkt recht ergiebig dargelegt hatte, ohne daß den Genossen je Gelegenheit geboten war, darauf zu erwidern, die endliche Abstimmung über die fernere Zugehörigkeit zur alten anerkannten — jawohl, anerkannten — Kreisorganisation zustande: nur 15 Genossen — bei leider nur schwacher Beteiligung infolge ungenügender Einladung — erklärten sich dafür, also für die Unabhängige Partei, während 26 sich für die Mehrheitszugehörigkeit erklärten. Ein anderer Teil enthielt sich der Stimme — sie konnten sich angeblich „noch immer nicht richtig orientieren, wohin sie gehören: uns paßt dies nicht von links, jenes nicht von rechts“. Nun, mögen sie den Haufen der Indifferenten vermehren helfen; sie wußten bisher nicht und werden auch künftig nicht wissen, wohin gesteuert wird.

Damit ist für Tegel reiner Tisch gemacht — vorläufig — einiges Geschäftliche wie Abrechnung und Regelung der Bibliothekfrage usw. muß noch erfolgen. In unserer letzten Zusammenkunft war unser Kreis aber schon so ansehnlich geworden, daß die Vorstand- und sonstigen Posten glatt besetzt werden konnten. Die Tätigkeit, für die Interessen der organisierten Genossen einzutreten, wird nunmehr wieder aufgenommen, Zahlende finden regelmäßig statt und für Aufklärung im Sinne der alten sozialdemokratischen Weltanschauung wird Sorge getragen werden. Der nächste Zahlabend im Juli wird bei Sorrer, Schlieper, Ede Buddestraße, abgehalten werden, bis dahin werden die Bezirksführer alle Genossen mit dem bisher vernachlässigten Material versorgen. Bezirksleiter ist Genosse Thomas, Tegel, Freie Scholle 21 rechts, Kassierer Genossin Pallaß, Schöneberger Straße 6, Hof rechts, 3 Tr. Von diesen wird jede gewünschte Auskunft erteilt. In den Tegel Genossen liegt es jetzt, wieder in Reih und Glied mit den übrigen Niederbarnimern zu marschieren.

**Die Wahlkreisorganisation von Weklar-Altenkirchen** beschloß auf ihrer Kreisversammlung einstimmig den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, entsprechend der Stellungnahme, die Kreisvertrauensleute und Ortsfunktionalen vor der Gothaer Tagung eingenommen.

Die Kreisversammlung beschloß ferner der gemäßigten Genossen Zeitsin die Sympathie. Ein weiterer Beschluß erkennt der „Oberhessischen Volkszeitung“ und der „Frankfurter Volksstimme“ den Charakter eines Parteiblattes für den Wahlkreis ab und empfiehlt die „Leipziger Volkszeitung“ und das „Mittelungsblatt“ unserer Berliner Genossen.

**Die Organisation des Wahlkreises Delitz-Bitterfeld** hat sich der Unabhängigen Sozialdemokratie angeschlossen. Der Vorort Eilenburg hatte den Antrag gestellt, den man zur Vorberatung den einzelnen Organisationen des Kreises überwies. Am letzten Sonntag wurde dann ein außerordentlicher Kreisstag einberufen, der die Entscheidung brachte. Vor der Diskussion über die Frage des Anschlusses wurde Bericht erstattet über den Stand der Bewegung. Daran ging hervor, daß die Organisation infolge des Krieges zwar schwer geschwächt wurde, daß es aber gelang, die Finanzkraft des Kreisvereins wie überhaupt die Organisation aufrechtzuerhalten. Auch die Leserzahl des Parteiblattes nimmt erfreulichen Aufschwung.

Der Anschlußantrag rief eine mehrstündige Aussprache hervor, in welcher nur ein Redner gegen den Antrag sprach. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Raute, erklärte sich sofort offen für den Anschluß. Er wird der Unabhängigen Fraktion beitreten. Damit war volle Klarheit. Der Antrag wurde mit 15 gegen 4 Stimmen angenommen. Mehrere Delegierte, die für den Anschluß gestimmt hätten, mußten vorher abreisen.

Von den 4 gegen den Anschluß stimmenden Delegierten entfernten sich nach der Abstimmung 3, darunter ein Konsumvereinsgeschäftsführer und ein Gewerkschaftsangehöriger.

**Dr. Quard redaktionsmüde.** Im Innern der regierungsozialistischen Partei zu Frankfurt a. M. hat sich leghin ein häuslicher Streit abgepielt. Die Haltung des Reichstagsabgeordneten Dr. Quard, Redakteurs der Volksstimme, ist einer von dem ehemaligen Nationalsozialen Einzheimer geführten Gruppe zu sehr imperialistisch und regierungstreu. Diese Richtung setzte es am letzten Freitag in einer Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins durch, daß dem Dr. Quard das Stimmrecht im Vorstand des Vereins entzogen wurde. Darauf hat der Herr seine Stellung als Redakteur der Volksstimme gekündigt. Einen wesentlichen Einfluß wird das auf die Haltung der Volksstimme nicht haben. Die Unterschiede zwischen Herrn Quard und den anderen Mehrheitslern zu Frankfurt a. M. sind verhältnismäßig unwesentlich. Die wirklichen Sozialdemokraten Frankfurts gehören in die Unabhängige Sozialdemokratie.

**Die Opposition in Bayern.** Aus Würzburg wird geschrieben: Am Sonntag, den 10. Juni, fand die Wahlkreisgeneralversammlung der Wahlkreisorganisation Würzburg statt. Ein von den Anhängern der Unabhängigen Sozialdemokratie eingebrachter Antrag, sich der unabhängigen Partei anzuschließen, wurde mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Die Anhänger der unabhängigen Partei werden nunmehr an die Gründung einer eigenen Wahlkreisorganisation gehen. Die Sektion Heidingöfeld, die zweitgrößte des Wahlkreises, hat sich schon vor Wochen einmütig für die unabhängige Partei erklärt, ebenso sieben die Landesaktionen auf dem Boden der Unabhängigen Partei.

**Die Jahreskonferenz des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bittenberg-Schweinitz** nahm endgültig Stellung zu den Parteidifferenzen. Der industriell stark entwickelte Wahlkreis gehörte schon bisher zur Opposition. Der Kreisvorsitzende entsandte regelmäßig Delegierte zu den oppositionellen Konferenzen und der Hauptindustriestandort des Kreises verlangte schon längst den ausdrücklichen Anschluß an die Unabhängige Partei. Dieser Antrag wurde jetzt nach einem kurzen Referat des Genossen Hildebrandt und nachfolgender Aussprache einstimmig angenommen. Ein Delegierter enthielt sich der Abstimmung.

Die Haltung des Volksblattes für Halle wurde durchaus gebilligt und auch rein ländliche Orte hielten nicht mit ihrer Anerkennung zurück. Die Abonnentenzahl, die in den Industrieorten rasch gewachsen ist, soll noch durch fleißige Agitationsarbeit vermehrt werden.

Bei der Neuwahl des Vorstandes trat das Vorstandsmitglied, das sich bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme enthalten hatte, vorläufig zurück. Sonst wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt.

**Anschluß an die Unabhängige Partei.** Eine sehr stark besuchte Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Neuh jüngere Linie beschloß am Sonntag mit 58 gegen 5 Stimmen, sich der Unabhängigen Sozialdemokratie anzuschließen. Der Kreisgeneralversammlung wohnte ein Vertreter des Kreises Neuh ältere Linie bei, wo demnach vermutlich auch der Anschluß an die Unabhängige Partei vollzogen wird.

Mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ist Hugo Schaal, ein Getreuer des Herrn Scheidemann, ausgezeichnet worden.

## Aus der Zeit.

**Die Einschränkung des Papierverbrauchs für Zeitungen** übt vor allem auf die große Inzeratenpresse großen Einfluß aus. Die Verlegerinteressen werden dadurch schwer geschädigt, weil die Einnahmen aus Inzeraten, welche die Haupteinnahmequellen der Verleger bilden, stark beeinträchtigt werden. Das ist auch der Grund, warum diese Zeitungen gepfefferte Artikel gegen diese Zustände vom Stapel lassen. Die gesamte große Presse greift die neue Papierverordnung aufs schärfste. Die „Adlische Zeitung“ droht:

„Die Gefahr, die aus der Durchführung der Verordnung droht, daß nämlich die Zeitungen ihre täglich wichtiger werdenden Aufgaben unter immer schwierigeren Verhältnissen erfüllen, und daß sie schon mit der Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit rechnen müssen, eines Tages ihre Pflichten überhaupt nicht mehr erfüllen zu können, diese Gefahr geht jeden Leser, geht auch die Regierung an; sie bedroht geradezu die glückliche Entwicklung der Dinge, sie macht eine Waffe stumpfer, die wir dringend nötig haben, und die doch schärfer und härter werden müßte, je näher wir der Entscheidung kommen.“

„Die großen politischen Zeitungen“, fährt die „Adlische Zeitung“ fort, „also die Blätter, die den publizistischen Krieg mit dem Feinde führen müssen, auf deren kritisches und mahnendes Wort das Volk in allen seinen Schichten und in allen Teilen des Landes hört, die in ihrem Anzeigenteil die mühsam geknüpften Beziehungen zwischen den einzelnen Erwerbsklassen aufrechterhalten müssen, werden durch die neue Verteilung tödlich getroffen.“

92 Zeitungen Mitteldeutschlands geben bekannt, daß sie genötigt sind, den Bezugspreis zu erhöhen. Tatsächlich sind die Kosten für Papier und Druck außerordentlich gestiegen.

**Aus den Dokumenten der russischen Revolution.** Die menschenwürdige „Rabotshaja Gazeta“ (Arbeiterzeitung) veröffentlicht folgenden Befehl des Generals Kornilow, des bisherigen Kommandierenden des Petersburger Militärbezirks:

„Befehl an den Petersburger Militärbezirk, Petersburg, 17. April 1917, Nr. 170 a.“

Morgen, am 18. April (1. Mai), finden aus Anlaß des Weltfeiertages der Arbeit in den Truppenteilen des mir anvertrauten Militärbezirks keine Uebungen statt.

Die Truppenteile, nebst ihrem Musikorchester, nehmen an den Volksaufzügen teil, nachdem sie mit den betreffenden Kommissars Vereinbarungen getroffen.

Unterzeichnet: Hauptkommandierender der Truppen des Militärbezirks, General-Lieutenant Kornilow.“

## Weise Ratschläge.

Ein älterer Genosse schreibt uns: In der langen Zeit meiner Parteitätigkeit habe ich manche Kenntnisse im Partieleben gesammelt und Erfahrungen gemacht, wie man am besten das Partieleben fördert. Ich halte mich geradezu für verpflichtet, diese meine Erfahrungen zu Nutz und Frommen zu Papier zu bringen. Meine Ratschläge beziehen sich nur auf eine Seite im Partieleben, sind also sehr lückenhaft.

Wenn du in der Partei helfen willst, so gehe in die Versammlung oder in die Parteistunde und rede ungefähr folgendermaßen: „Unsere Bewegung geht nicht so vorwärts, wie das notwendig ist. Daran ist vor allem der Vorstand schuld. Er hat nicht genug getan, er entwickelt nicht genug Initiative. Was er getan hat, ist nicht der Rede wert, taugt überhaupt nichts. Wir — Genossen — müssen den Vorstand vorwärts treiben. So wie bisher kann es nicht weiter gehen.“

Wenn du besonders klug sein willst, so hüte dich, selber Vorschläge zu machen, wie es besser gemacht werden kann. Oder du sprichst: „Schon längst hätte ein gepfeffertes Flugblatt verbreitet werden müssen, alle Welt wartet auf uns.“

Bei einer anderen Gelegenheit melde dich zum Wort und führe etwa folgendes aus: „Der Besuch unserer Versammlungen oder der Zahlabende läßt zu wünschen übrig. Das muß anders werden. So kann das nicht weiter gehen. Die Genossen müssen mehr tun.“

Dabei brauchst du dir gar nichts draus zu machen, wenn du selber den Versammlungen oder den Zahlabenden fern bleibst, denn du kannst dich damit trösten, daß du ja alles schon weißt, was man dir da sagen könnte.

Auch Flugblattverbreitungen oder Einladungen zu Zusammenkünften kannst du ruhig den Andern überlassen.

Wenn die Debatte über die Presse geführt wird, so mußt du etwa folgendes den Genossen sagen: „Die Verbreitung unseres Blattes müßte viel größer sein, denn die Presse ist eine Macht. Die Genossen müssen für ihr Blatt Werbearbeit leisten. Jetzt wird viel zu wenig getan.“

Sei aber vorsichtig und überlasse die Arbeit selbst — den Andern. Wenn du diese Ratschläge befolgst, wirst du als tüchtiger Genosse überall Respekt finden und was die Hauptsache ist, die Bewegung in außerordentlichem Maße fördern.

## Freie Menschen.

(Das Gedicht wurde 1907 von dem kürzlich zum Tode verurteilten österreichischen Genossen Dr. Friedrich Adler verfaßt.)

Dunkle, ahnungsvolle Mären  
Hüllten ein den ersten Pfad,  
Und in schauerndem Berekren  
Fand die Menschheit Trost und Rat.  
Von des Brauches heiligen Schranken,  
Fühlte sie sich tren umhegt,  
Alle Wünsche und Gebanten  
In des Vaters Hand gelegt.

Doch aus kühlich dumpfem Dämmern  
Stieg Erkenntnis lähn empor,  
Pochte mit verwegenem Dämmern  
An der Mäsel summes Tor.  
Auf den Lippen hette Frage,  
Drang sie vorwärts ungehüllt,  
Suchend im Geschehn der Tage  
Das Gesetz, das ewig gilt.

Immer weiter! Auf der Lohr  
Flammend steigt des Forschers Geist,  
Dem allein die ernste, hohe  
Wahrheit Ziel und Richtung weist;  
Nur er alte Form zersprengen,  
Sei es immer, sie zerfällt.  
Auf dem Schutt mit frohem Drängen  
Baut er sich die neue Welt.

Vom entschwindenden Paradiese  
Wissen willig wir den Traum,  
Trin auf blütenreicher Wiefe  
Früchte mühslos trug der Baum.  
In der Kräfte vollem Regen  
Sehn wir neidlos drauf zurück,  
Denn die Arbeit ist uns Segen,  
Und das Schaffen ist uns Glück.

Ging der Himmel uns verloren,  
Jenes leuchtende Panter,  
Doppelt innig, erdgeboren,  
Hängen an der Mutter wir.  
Sinkt in toten Staub die Hülle,  
Sei vom Dank das Herz durchbebt,  
Daß wir all der Schönheit Fülle  
Eine Weite mitgelebt.

Seid gegrüßt, der Zukunft Streiter,  
Frisches Heer auf altem Plan,  
Unerschrock'ne Vorwärtsschreiter,  
Wahrt der Freiheit ihre Bahn!  
Schritt für Schritt gilt es zu ringen  
Und das Ziel es ist noch weit,  
Aber hoffnungsfreudig Klingend  
Hört den Ruf der neuen Zeit!

Aus dem „Atheist“.

Verantw. Redakteur: E. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Druck: Maurer & Timm, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.